

<b>Erster Überblick</b> . . . . .	197
Kennzahlen im Zeitvergleich	
Kennzahlen nach Ländern	
<b>Methodische Erläuterungen</b> . . . . .	198
<b>Definitionen</b> . . . . .	201
<b>Tabellen</b>	
<b>Sozialbudget</b> . . . . .	205
Leistungen und Finanzierung	
<b>Gesetzliche Versicherungen</b> . . . . .	207
Kranken-, Unfall-, Renten-, Zusatzversicherungen, Alterssicherung der Landwirte, Pflegeversicherung, Arbeitsförderung	
<b>Kinder- und Elterngeld</b> . . . . .	219
Berechtigte und Leistungen	
<b>Kriegsopfer</b> . . . . .	220
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	
<b>Sozialhilfe</b> . . . . .	221
Empfänger und Empfängerinnen von Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII, Ausgaben und Einnahmen	
<b>Asylbewerberleistungen</b> . . . . .	223
Empfänger und Empfängerinnen, Ausgaben und Einnahmen	
<b>Mindestsicherungsquote</b> . . . . .	223
Empfänger und Empfängerinnen	
<b>Kinder- und Jugendhilfe</b> . . . . .	224
Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 SGB VIII, Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit, Einzelbetreuung, sozialpädagogische Familienhilfe, teil-/stationäre Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung gemäß § 35a SGB VIII, Adoptionen, vorläufige Schutzmaßnahmen, Ausgaben und Einnahmen, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, in öffentlich geförderter Kindertagespflege	
<b>Schwerbehinderte Menschen</b> . . . . .	235
Art und Ursache der schwersten Behinderung, Grad der Behinderung, Altersgruppen und Geschlecht	
<b>Wohngeld</b> . . . . .	236
Haushalte, Ausgaben	
<b>Lastenausgleich</b> . . . . .	237
Zuerkennung und Erfüllung der Hauptentschädigung, Empfänger/-innen	
<b>Publikationen und Auskünfte</b> . . . . .	238

## 8 Sozialeleistungen Kennzahlen im Zeitvergleich

Gegenstand der Nachweisung	<sup>1)</sup>	Einheit	1995	2000	2005	2008	2009	2010	Seite
<b>Ausgaben</b>									
Gesetzliche Krankenversicherung <sup>2)</sup> . . . . .	JS	Mill. EUR	124 006	133 823	143 809	160 937	170 784	...	207
Gesetzliche Unfallversicherung . . . . .	JS	Mill. EUR	12 992	13 384	14 390	14 657	14 027	...	209
Allgemeine Rentenversicherung . . . . .	JS	Mill. EUR	189 977	217 596	240 480	238 770	243 925	...	214
Knappschaftliche Rentenversicherung . . . . .	JS	Mill. EUR	13 559	14 390	14 786	14 597	14 877	...	214
Soziale Pflegeversicherung <sup>3)</sup> . . . . .	JS	Mill. EUR	5 295	16 718	17 891	19 163	20 327	21 448	218
Arbeitslosengeld und -hilfe <sup>4)</sup> . . . . .	JS	Mill. EUR	35 130	36 772	27 019	13 864	17 291	16 602	218
Kindergeld . . . . .	JS	Mill. EUR	8 685	25 627	29 325	28 886	31 743	33 534	219
Sozialhilfe <sup>5)</sup> . . . . .	JS	Mill. EUR	26 669	23 319	19 949	21 955	23 029	...	222
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz <sup>6)</sup> . . . . .	JS	Mill. EUR	2 800	1 945	1 252	842	789	...	223
Kriegsopferfürsorge <sup>6)</sup> . . . . .	JS	Mill. EUR	1 354	630	–	472	–	...	220
Kinder- und Jugendhilfe . . . . .	JS	Mill. EUR	17 020	18 465	20 865	24 584	26 907	...	230
Wohngeld . . . . .	JS	Mill. EUR	2 938	3 541	1 235	750	1 555	...	236
Kriegsopferversorgung									
Anerkannte Versorgungsberechtigte . . . . .	1.1.	1 000	1 250	890	575	423	378	343	220

<sup>1)</sup> JS = Jahressumme.

<sup>2)</sup> Ohne Risikostrukturausgleich.

<sup>3)</sup> Ohne private Pflegeversicherung.

<sup>4)</sup> Ab 1998 einschl. Erstattungen an ausländische Versicherte.

<sup>5)</sup> Ab 2005 Wegfall der Arbeitslosenhilfe.

<sup>6)</sup> Nähere Informationen siehe »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

## Kennzahlen nach Ländern

Land	Gesetzliche Krankenversicherung	Kriegsopferversorgung	Sozialhilfe	Leistungen an Asylbewerber/-bewerberinnen	Kriegsopferfürsorge	Kinder- und Jugendhilfe	Wohngeld	
	Mitglieder (einschl. Rentner/Rentnerinnen)	anerkannte Versorgungsberechtigte	Ausgaben <sup>1)</sup>		Ausgaben <sup>1)</sup>	Ausgaben <sup>2)</sup>	Haushalte <sup>3)</sup>	Ausgaben
	1.7.2010	1.1.2011	2009		2008	2009	31.12.2009	2009
	1 000		Mill. EUR				1 000	Mill. EUR
<b>Deutschland</b> . . . . .	<b>51 227<sup>4)</sup></b>	<b>301</b>	<b>23 029</b>	<b>789</b>	<b>472</b>	<b>26 907</b>	<b>860</b>	<b>1 555</b>
Baden-Württemberg . . . . .	6 364	41	2 294	51	50	3 183	86	173
Bayern . . . . .	7 603	48	3 303	80	71	3 483	83	146
Berlin . . . . .	2 124	10	1 404	71	15	1 540	38	50
Brandenburg . . . . .	1 793	8	511	15	3	959	37	50
Bremen . . . . .	415	4	294	22	4	275	8	13
Hamburg . . . . .	1 066	6	745	37	11	749	18	26
Hessen . . . . .	3 632	24	1 864	52	57	2 327	45	91
Mecklenburg-Vorpommern . . . . .	1 198	5	392	14	2	518	39	59
Niedersachsen . . . . .	4 846	30	2 468	92	39	2 301	81	168
Nordrhein-Westfalen . . . . .	10 727	60	5 747	228	160	6 013	193	397
Rheinland-Pfalz . . . . .	2 417	17	1 110	26	26	1 311	36	60
Saarland . . . . .	622	4	309	6	6	344	8	16
Sachsen . . . . .	3 046	18	656	29	7	1 525	82	131
Sachsen-Anhalt . . . . .	1 755	8	540	25	5	756	35	49
Schleswig-Holstein . . . . .	1 749	10	937	26	13	751	34	65
Thüringen . . . . .	1 648	8	457	16	4	640	36	61

<sup>1)</sup> Nähere Informationen siehe »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

<sup>2)</sup> Einschl. Ausgaben der obersten Bundesbehörden.

<sup>3)</sup> Einschl. Mischhaushalte.

<sup>4)</sup> Einschl. Mitgliedern mit Wohnsitz im Ausland.

Im Kapitel Sozialeleistungen werden – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen, wie z. B. Ministerien, dargestellt. Dies geschieht, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Sozialeleistungen in Deutschland zu geben. Die Quellen der Statistiken Dritter sind der jeweiligen Ergebnistabelle zu entnehmen.

Im Folgenden werden die Methodiken der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführten Erhebungen ausführlicher dargestellt. Generell werden diese Bundesstatistiken – bis auf jeweils eine Ausnahme im Bereich der Pflegestatistik und der Elterngeldstatistik – als dezentrale Statistiken durchgeführt, d. h. das Statistische Bundesamt entwickelt das Erhebungs- und Aufbereitungskonzept und bereitet Organisation sowie EDV-Technik vor. Die Statistischen Ämter der Länder führen die Erhebungen durch und bereiten die Daten zu Ergebnissen bis auf Landesebene auf. Aus den Länderergebnissen werden im Statistischen Bundesamt die Bundesergebnisse zusammengestellt und veröffentlicht. Die Bundesstatistiken unterliegen umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und einer durchgehenden Qualitätskontrolle durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Insofern sind die Ergebnisse dieser Erhebungen grundsätzlich von hoher Aussagekraft und Qualität.

### Kinder- und Jugendhilfestatistiken

Seit 1991 werden zur Beurteilung der Auswirkungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes als Achtem Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) sowie zu seiner Fortentwicklung im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfänger und -empfängerinnen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB VIII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Bei allen Erhebungen besteht gemäß § 102 SGB VIII eine nach Erhebungen differenzierte Auskunftspflicht für die Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe.

Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen i. d. R. zwischen sieben bis elf Monaten nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Im Einzelnen werden im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken folgende Erhebungen durchgeführt, die sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage unterscheiden:

- Teil I: Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12., jährlich
- Teil II: Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit, alle vier Jahre, zuletzt 2008
- Teil III.1: Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, ab 2006 jährlich
- Teil III.2: Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung), alle 4 Jahre, zuletzt 2006
- Teil III.3: Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege, neu ab 2006, jährlich
- Teil III.4: Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege, ab 2006 bis 2008, jährlich
- Teil III.5: Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder, neu ab 2009
- Teil IV: Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so einander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder, wie z. B. über Anzahl der Heimunterbringungen, die Zahl der Einrichtungen für Heimerziehung und das dort tätige Personal sowie die Ausgaben für Heimerziehung, möglich sind.

### Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Pflegestatistik

Ziel der Statistik ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Dies geschieht, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Die Angaben werden ferner für die weitere Planung und Fortentwicklung des Pflegeversicherungsgesetzes benötigt.

Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder seit Dezember 1999 zweijährlich durchgeführt. Die Rechtsgrundlage für die Statistik bildet § 109 Abs. 1 SGB XI in Verbindung mit der Pflegestatistikverordnung.

Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen werden die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen von den Statistischen Landesämtern befragt, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger/-innen von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfänger und -empfängerinnen. Diese Datenmeldung erfolgt per Datenträger oder Online-Datenmeldung an das Statistische Bundesamt.

Der Erhebungsstichtag für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12., für die Pflegegeldempfänger und -empfängerinnen – organisatorisch bedingt davon abweichend – der 31.12. Die Veröffentlichung des Deutschlandergebnisses der Erhebung zum Jahresende 2009 erfolgte im Februar 2011.

Anhand der Statistiken über die Pflegeeinrichtungen kann, zusammen mit den Daten der Statistik über die Pflegegeldempfänger und -empfängerinnen, die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ermittelt werden. Die so ermittelte Anzahl liegt um knapp 2 % unter der Zahl der Pflegebedürftigen, die im Rahmen der sozialen und privaten Pflegeversicherung festgestellt wird. Eine ausführlichere Darstellung von Unterschieden in der Methodik und möglichen Ursachen für die Abweichungen ist dem »Bericht: Pflegestatistik 2009 – Deutschlandergebnisse« zu entnehmen. Berichte zur Pflegestatistik finden Sie als kostenlosen Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter dem Suchwort »Pflegestatistik 2009«.

Die Daten zum Personal in den Pflegeeinrichtungen werden als Basis für die Gesundheitspersonalrechnung des Statistischen Bundesamtes verwendet. Die Ergebnisse der Pflegestatistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

### Statistik der schwerbehinderten Menschen

Zweck der Erhebung ist es, Grundsatzinformationen für die sozialpolitischen Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern.

Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchzuführen ist. Erhebungsstichtag ist der 31.12. Die Rechtsgrundlage ist § 131 des SGB IX.

Die Datenlieferung von den Versorgungsämtern an die Statistischen Landesämter erfolgt ausschließlich auf maschinellen Datenträgern, da bei dieser Statistik auf bereits vorhandene Datensätze bzw. Register der Ämter zurückgegriffen werden kann.

Die Veröffentlichung des Deutschlandergebnisses der Erhebung zum Jahresende 2009 erfolgte im September 2010.

Im Rahmen der Statistik über die schwerbehinderten Menschen finden inhaltliche und formale Prüfungen insbesondere in den Statistischen Landesämtern statt. Da bestehende Datenbestände bzw. Register der Versorgungsämter genutzt werden, ist die Qualität allerdings auch von den internen Prüfungen der Versorgungsämter abhängig. In den Versorgungsämtern sind vor allem regelmäßige Abgleiche der Datenbestände mit den aktuellen Einwohnerregistern erforderlich. Anhand der Registerabgleiche ist erkennbar, ob der gemeldete Schwerbehinderte aus dem Bereich des Versorgungsamtes weggezogen oder verstorben ist. Informationen über den schwerbehinderten Menschen erhalten die Versorgungsämter ansonsten i. d. R. nur alle fünf Jahre, wenn ein neuer Schwerbehindertenausweis beantragt wird. In einigen Fällen führen Versorgungsämter auch jährliche Anschreibungsaktionen zur Aktualisierung des Bestandes durch.

Die statistischen Ämter kontaktieren die Versorgungsämter regelmäßig vor den Erhebungen, um an die Aktualisierung der Register zu erinnern. In einigen Ländern waren im Zuge der verbesserten Möglichkeiten für Registerabgleiche in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei der Zahl der schwerbehinderten Menschen zu beobachten. Als Beispiele sind hier zu nennen: Baden-Württemberg (Rückgang von 6 % bzw. 43 000 Personen von 2001 im Vergleich zu 1999), Niedersachsen (Rückgang von 10 % bzw. 68 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Nordrhein-Westfalen (Rückgang von 5 % bzw. 90 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Hessen (Rückgang von 6 % bzw. 34 000 Personen von 2005 im Vergleich zu 2003).

### Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Statistik)

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (»Hartz IV«), wurde zum 1.1.2005 die vorherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige durch die sogenannte »Grundsicherung für Arbeitsuchende« ersetzt, die im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) geregelt ist.

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende setzen sich aus dem Arbeitslosengeld II (ALG II) und dem Sozialgeld zusammen: ALG II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Als erwerbsfähig gilt dabei, wer unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten Sozialgeld. Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende handelt es sich um eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung, die sich ausschließlich am Bedarf der Empfänger/-innen orientiert und nicht – wie die ehemalige Arbeitslosenhilfe – am letzten Nettolohn. Die Grundlage für die Berechnung der Leistungen nach dem SGB II ist, wie bei der Sozialhilfe, die sogenannte Bedarfsgemeinschaft.

Die Höhe der Leistungen orientiert sich am Bedarf der Empfänger/-innen. Dabei wird unter Berücksichtigung der Freibetragsregelungen das vorhandene Einkommen und Vermögen der gesamten Bedarfsgemeinschaft angerechnet. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst die Regelleistung (Ernährung, Kleidung, Hausrat, Haushaltsenergie sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben), Leistungen für Unterkunft, Heizung und Sonderleistungen. Außerdem werden Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung abgeführt.

Für die Durchführung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Statistik) ist nach § 53 SGB II die Bundesagentur für Arbeit (BA) zuständig. Aufgrund der hohen Fallzahlen und der Höhe der damit verbundenen Ausgaben des Bundes sowie der Kommunen stellt die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende einerseits eine wichtige Datenquelle für die Sozialberichterstattung dar. Andererseits ergänzt sie die Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB III hin zu einer umfassenden Arbeitsmarktstatistik für Deutschland und die Regionen. Die SGB II-Statistik ist damit auch Grundlage für die amtliche Arbeitsmarktberichterstattung der BA nach den §§ 280 und 283 SGB III.

Eine detaillierte methodische Beschreibung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II finden Sie auf der Homepage der BA unter [www.pub.arbeitsagentur.de](http://www.pub.arbeitsagentur.de).

Im Rahmen des Projekts »Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik« werden alle Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld II sowie von Sozialgeld zu den Beziehern von staatlichen Mindestsicherungsleistungen gezählt.

### Kriegsopferfürsorgestatistik

Zweck der Kriegsopferfürsorgestatistik ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie über den Personenkreis der Leistungsempfänger/-innen zu treffen. Bund und Länder benötigen für Planung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kriegsopferfürsorgerechts zuverlässige statistische Angaben.

Es handelt sich um eine zweijährliche Vollerhebung. Die **Rechtsgrundlage** bildet das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge.

Die Daten werden von den Statistischen Landesämtern bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge erhoben. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2008 lagen im Oktober 2009 vor. Die Ergebnisse der Statistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

### Sozialhilfestatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Zwölften Buches Sozialgesetzbuch** (SGB XII »Sozialhilfe«) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Sozialhilfestatistik verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die alle als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Sozialhilfeempfänger/-innen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB XII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

**Rechtsgrundlagen** der Sozialhilfestatistiken sind die §§ 121–129 des SGB XII. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII eine Auskunftspflicht durch die örtlichen Träger (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die überörtlichen Träger (Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden, wie z. B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke) der Sozialhilfe.

Die Bundesergebnisse der Sozialhilfestatistiken werden i. d. R. rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Das mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1.1.2005 grundlegend reformierte Berichtssystem der Sozialhilfestatistik gliedert sich seitdem in die folgenden Teilerhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzeitempänger/-innen) nach dem 3. Kapitel SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12. sowie Meldung der Zu- und Abgänge
- Statistik der Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung, vierteljährliche Bestandserhebung zum Quartalsende
- Statistik der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (u. a. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit; bis Ende 2004 wurden diese Leistungen als »Hilfen in besonderen Lebenslagen« bezeichnet), jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

### Asylbewerberleistungsstatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Asylbewerberleistungsgesetzes** (AsylbLG) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Asylbewerberleistungsstatistik verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfänger/-innen von Asylbewerberleistungen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem AsylbLG verbundenen finanziellen Aufwendungen.

**Rechtsgrundlage** der Asylbewerberleistungsstatistik bildet § 12 AsylbLG. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 12 Abs. 5 AsylbLG eine Auskunftspflicht durch die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Stellen.

Die Bundesergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistiken werden i. d. R. rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

**Im Einzelnen** werden im Rahmen der amtlichen Asylbewerberleistungsstatistik **folgende Erhebungen** durchgeführt, die sich jeweils durch unterschiedliche Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfänger/-innen von Asylbewerberleistungen, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfänger/-innen von besonderen Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

### Wohngeldstatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Wohngeldgesetzes** (WoGG) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Wohngeldstatistik Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Wohngeldempfänger/-innen sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen.

**Rechtsgrundlage** der Wohngeldstatistiken sind die §§ 34–36 WoGG. Für die Erhebungen besteht gemäß § 34 Abs. 2 WoGG eine Auskunftspflicht durch die für die Leistung von Wohngeld zuständigen Stellen.

Die Bundesergebnisse der Wohngeldstatistiken werden i. d. R. rund neun bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

**Im Einzelnen** wurden im Rahmen der amtlichen Wohngeldstatistik (bis einschließlich dem Berichtsjahr 2004) **folgende Erhebungen** durchgeführt, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Allgemeines Wohngeld, jährliche Erhebung der Empfänger/-innen zum 31.12.
- Allgemeines Wohngeld, vierteljährlich für das abgelaufene Quartal
- Besonderer Mietzuschuss, jährliche Erhebung der Empfänger/-innen zum 31.12.
- Besonderer Mietzuschuss, vierteljährlich für das abgelaufene Quartal.

Aufgrund des zum 1.1.2005 in Kraft getretenen »Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz IV«) hat sich im Berichtsjahr 2005 der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert. Ab diesem Zeitpunkt entfällt für Empfänger und Empfängerinnen bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie für Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft der Wohngeldanspruch. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, so dass sich dadurch für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Infolge dessen entfielen auch die Erhebungen zum besonderen Mietzuschuss, da auch die Bezieher und Bezieherinnen von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge seit dem 1.1.2005 nicht mehr zu den Wohngeldempfängern /-empfängerinnen zählen.

Neben diesen reinen Wohngeldhaushalten gibt es seit 2005 auch eine Anzahl von wohngeldrechtlichen Teilhaushalten in Mischhaushalten. Dabei handelt es sich um Haushalte, in denen der Antragsteller Empfänger bzw. die Antragstellerin Empfängerin von Transferleistungen und damit nicht selbst wohngeldberechtigt ist, aber mindestens einer der übrigen Mitbewohner, oder um Haushalte, in denen der Antragsteller bzw. die Antragstellerin selbst wohngeldberechtigt ist, in dessen Gesamthaushalt aber auch Transferleistungsempfänger und -empfängerinnen leben.

Am 1. Januar 2009 sind mit der Wohngeldreform wesentliche Leistungsverbesserungen in Kraft getreten. Vor dem Hintergrund gestiegener Energiepreise sind erstmals die Heizkosten in das Wohngeld einbezogen. Die Höchstbeträge für Miete und Belastung wurden auf Neubauniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10 % erhöht. Außerdem wurden die Tabellenwerte um 8 % erhöht.

Seit der Wohngeldreform sind wieder deutlich mehr Haushalte wohngeldberechtigt. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigen Einkommen sind daher nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Damit leistet die Reform einen wichtigen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

### Abgrenzung Sozialbudget/Sozialleistungen

Zur Vermittlung eines Gesamtüberblicks werden im Tabellenteil zunächst die Sozialleistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeber in der Abgrenzung des **Sozialbudgets** der Bundesregierung nach Institutionen, Leistungs- und Finanzierungsarten dargestellt (Tabelle 8.1). In den folgenden Tabellen 8.2 bis 8.20 werden aus verschiedenen Erhebungen und Geschäftsstatistiken Angaben über einzelne **Sozialleistungen** detaillierter dargestellt. Weil die Zahlen des Sozialbudgets z. T. definitorisch anders abgegrenzt bzw. bereinigt sind (s. u.), besteht keine volle Vergleichbarkeit mit den Angaben aus den Statistiken der Sozialleistungen (insbesondere mit den Rechnungsabschlüssen der in den Tabellen 8.2 bis 8.20 aufgeführten Sozialleistungsträger) bzw. mit den Ergebnissen der Finanzstatistik im Kapitel 23 des Statistischen Jahrbuchs.

Im Abschnitt »Definitionen« werden Erläuterungen zur Abgrenzung der einzelnen Sozialleistungen bzw. Institutionen des Sozialbudgets gegeben. Damit die einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar sind, mussten sie für die Darstellung im Sozialbudget bereinigt werden. So werden z. B. die Sozialleistungen insgesamt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfänger/-innen und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfänger/-innen sozialer Leistungen bereinigt. Die Beiträge des Staates sind allerdings nach wie vor in den Leistungen der einzelnen Institutionen enthalten. Weiter wird die Krankenversicherung um die Mutterschutzleistungen des Bundes ergänzt, die Sozialhilfe um die zusätzlichen Leistungen der Länder und Gemeinden sowie ab 1994 um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Kinder- und Jugendhilfe um Leistungen nach dem Bundesjugendplan und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darlehen finden im Sozialbudget keinen Niederschlag.

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 13 »Sozialleistungen« (siehe hierzu auch »Publikationen und Auskünfte« am Ende dieses Kapitels). Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken haben wir in unseren »Qualitätsberichten« dokumentiert. Sie sind über unsere Internetadresse [www.destatis.de](http://www.destatis.de) unter »Publikationen« abrufbar.

### Definitionen zum Sozialbudget

Die folgenden Definitionen, auch soweit sie die Rechtslage betreffen, beziehen sich auf den Zeitraum bis 2010.

Die **Alterssicherung der Landwirte (AdL)**, ein berufsspezifisch ausgerichtetes Sonder-system der Alterssicherung, soll den landwirtschaftlichen Unternehmern, ihren Familien-angehörigen und Hinterbliebenen eine Teilsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit gewährleisten. Zu diesem Zweck werden von den landwirtschaftlichen Alterskassen als Träger der landwirtschaftlichen Alterssicherung insbesondere Alters-renten, Renten wegen Erwerbsminderung und/oder Witwen-, Witwer- und Waisenrenten gewährt. Die AdL erbringt als Leistungen zur Teilhabe medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation. Für die persönlichen und versicherungsrechtlichen Vor- aussetzungen gelten grundsätzlich die Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend. Bei Erbringen einer Leistung zur Rehabilitation, bei Arbeitsunfähigkeit und Schwangerschaft kann zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unter-nehmens Betriebs- und Haushaltshilfe gewährt werden.

Beitragspflichtig sind selbstständig tätige Land- und Forstwirte/-wirtinnen und ab 1995 deren Ehegatten sowie mitarbeitende Familienangehörige. Für die mitarbeitenden Familienangehörigen zahlt der Unternehmer einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Unternehmerbeitrags. Befreiung ist möglich, z. B. bei regelmäßigem außerlandwirt- schaftlichem Einkommen von mehr als 4 800 Euro jährlich. Einkommensschwächere Landwirte erhalten auf Antrag einen Zuschuss zum Beitrag.

Leistungen der **Arbeitslosenversicherung** können je nach Art der Leistung von unter- schiedlichen Personengruppen in Anspruch genommen werden. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung sind für alle Personengruppen zugänglich, Anspruch auf Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) haben vor allem alle beitragspflichtigen Arbeitnehmer.

**Ausbildungs- und Aufstiegsförderung:** Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) regelt die staatliche Unterstützung für die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden mit dem Ziel, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine ihrer Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung zu ermöglichen. Die Leistungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und an den Bedarf angepasst. Die letzte deutliche Anhebung der Frei- beträge und Bedarfssätze erfolgte durch das 23. BAföG-Änderungsgesetz, das zum Wintersemester 2010/2011 in Kraft getreten ist. Der aktuelle Höchstfördersatz für Studierende beträgt derzeit 670 Euro monatlich. Ausbildungsförderung wird geleistet, wenn dem Auszubildenden bzw. seinen unterhaltsverpflichteten Eltern oder Ehegatten keine eigenen Mittel für Ausbildung und Unterhalt zur Verfügung stehen; Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, sowie das Einkommen der Eltern und des Ehe- gatten sind anzurechnen (familienabhängige Förderung). Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sind im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) geregelt. Mit dem AFBG werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflichen Aufstiegsfortbildungs- maßnahmen wie z. B. zur Meisterin oder zum Meister, zur Technikerin oder zum Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen finanziell unterstützt. Das AFBG dient damit der Gleichstellung der Förderbedingungen in allgemeiner und beruflicher Bildung. Mit dem zum 1.7.2009 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Änderung des Aufstiegs- fortbildungsförderungsgesetzes wurden die Förderkonditionen des AFBG verbessert und der Förderbereich ausgeweitet. Des Weiteren wurden im Zuge des 23. BAföG-ÄndG auch im AFBG die Bedarfssätze und Freibeträge erhöht. Die Förderung nach dem AFBG erfolgt zu 78 % durch den Bund und zu 22 % durch die Länder.

**Beihilfen** sind Leistungen des Staates in seiner Funktion als Arbeitgeber nach den Beamtengesetzen als Beihilfen zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen sowie bei Dienstunfällen.

Die **betriebliche Altersvorsorge** ist klassischerweise eine freiwillige Leistung des Arbeit- gebers. Seit dem 1.1.2002 haben Beschäftigte jedoch grundsätzlich das Recht, Teile ihres Lohnes oder Gehaltes in eine wertgleiche Zusage auf eine betriebliche Altersver- sorgung umzuwandeln (Entgeltumwandlung). Leistungen der betrieblichen Alters- versorgung können vom Arbeitgeber direkt über eine Direktzusage bzw. eine Unterstützungskasse erfolgen oder über externe Versorgungsträger (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds) erbracht werden. Die Förderung erfolgt in unter- schiedlicher Art und Weise: über die Steuer- und Beitragsfreiheit der Aufwendungen und – in den externen Durchführungswegen – über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug (Riester-Förderung).

**Elterngeld** wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Das Elterngeld dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für den Elternteil, welcher das Kind betreut. Es beträgt regelmäßig 67 % des bereinigten Netto- einkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro. Für Eltern mit Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten

mindestens 300 Euro monatlich. Bei Mehrlingsgeburten oder älteren Geschwister- kindern kann sich der zustehende Elterngeldanspruch erhöhen. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam bis zu 14 Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für zwei und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens zwei Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf zwei weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Mo- natsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Aus- zahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Ab 1. Januar 2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen aus Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag angerechnet. Etwas anders gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie er- halten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare mit einem zu versteuernden Einkommen vor der Geburt des Kindes von mehr als 500 000 Euro (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro). Die Ersatzrate beträgt seit diesem Zeitpunkt bei einem durchschnittlichen Einkommen vor der Geburt von mindestens 1 200 Euro 65 % statt bisher 67 %.

Zur **Entgeltfortzahlung** zählen Leistungen der öffentlichen und privaten Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtungen im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, bei Mutterschaft und Heilverfahren. Erfasst werden hier im Sozialbudget auch die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeber sowie ihr Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz.

**Familienzuschläge** sind Zuschläge für Ehegatten und Kinder, die den aktiven oder ehe- maligen Bediensteten nach den Beamtengesetzen gezahlt werden.

Pflichtmitglieder der **gesetzlichen Krankenversicherung** sind insbesondere Arbeit- nehmer mit einem Arbeitsentgelt zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der jeweils maßgeblichen Versicherungspflichtgrenze, Auszubildende, Bezieher von Arbeitslosen- geld oder – unter bestimmten Voraussetzungen – Arbeitslosengeld II, Studierende (grundsätzlich bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters und bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres), Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (wenn sie seit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens 9/10 der zweiten Hälfte des Zeitraums gesetzlich krankenversichert waren), behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind, Landwirte/Landwirtinnen, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteiler sowie Künstler und Publizisten, sofern sie die gesetzlichen Voraus- setzungen hierfür erfüllen. Darüber hinaus besteht unter bestimmten Voraussetzungen eine nachrangige Versicherungspflicht für Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben.

Beiträge aus Arbeitsentgelt bzw. aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung werden – mit Ausnahme des mitgliederbezogenen Beitragssatzanteils in Höhe von 0,9 % – je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und von ihren Arbeitgebern bzw. von den pflichtversicherten Rentnern und Rentnerinnen und den zuständigen Rentenver- sicherungsträgern getragen.

Die freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung ist grundsätzlich als Weiterversicherung nach Ende eines Tatbestandes der Versicherungspflicht aus- gestaltet. Beitragsfrei familienversichert sind der Ehegatte, der eingetragene Lebens- partner und die Kinder von Mitgliedern und familienversicherten Kindern unter be- stimmten Voraussetzungen. Hierzu gehört insbesondere, dass das Gesamteinkommen 365 Euro monatlich, bei Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung 400 Euro monatlich, nicht übersteigt.

Die gesetzliche Krankenversicherung erbringt Leistungen für die Versicherten. Diese umfassenden Leistungen werden überwiegend als Sachleistung gewährt; in Form von Geldleistungen werden Krankengeld und Mutterschaftsgeld – als Ersatz für Verdienst- ausfall für die Zeit von sechs Wochen vor bis acht bzw. zwölf Wochen nach der Ent- bindung – gezahlt. Außerdem gehören Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zu ihrer Verhütung zum Leistungskatalog.

In der **gesetzlichen Rentenversicherung** sind alle Personen pflichtversichert, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind. Zu den Pflicht- versicherten gehören auch bestimmte Selbstständige (z. B. Handwerker/-innen, Hebammen). Die Versicherungspflicht besteht unabhängig von der Höhe des Ein- kommens. Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben grundsätzlich die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern.

Die Beiträge für Pflichtversicherte werden entsprechend dem jeweils geltenden Beitragsatz bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze grundsätzlich je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen. Sonderregelungen gelten in der knappschäftlichen Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen bei Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod des Versicherten. Sie zahlt bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter Renten an die Versicherten. Bei Tod des Versicherten sind seinen Hinterbliebenen Witwen- oder Witwerrenten und Waisenrenten zu zahlen. Die Rentenversicherung erbringt ferner Leistungen zur Teilhabe; das sind Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen.

In der **gesetzlichen Unfallversicherung** sind nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) Arbeitnehmer und Auszubildende versichert (Ausnahme: Beamte). Darüber hinaus sind weitere Personengruppen versichert, so bestimmte Selbstständige (z. B. Landwirte/Landwirtinnen), Kinder, die in Kindertageseinrichtungen oder durch geeignete Tagespflegepersonen betreut werden, Schüler und Studierende sowie bestimmte ehrenamtlich tätige Personen. Für andere Personen, z. B. für Unternehmer und Unternehmerinnen, die nicht bereits kraft Gesetzes oder Satzung versichert sind, besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung.

Die gesetzliche Unfallversicherung hat die Aufgabe, mit allen geeigneten Mitteln Versicherungsfälle (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten wiederherzustellen sowie Versicherte bzw. Hinterbliebene durch Geldleistungen zu entschädigen. Die Leistungen umfassen insbesondere Heilbehandlungsmaßnahmen, medizinische Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Geldleistungen an Versicherte (z. B. Verletztengeld während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit, Übergangsgeld während der Durchführung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rentenleistungen) sowie Geldleistungen an Hinterbliebene (z. B. Witwen-/Witwerrenten).

Die Beiträge für die Versicherten werden allein vom Unternehmer bzw. von der Unternehmerin getragen.

Seit dem 1.1.2005 werden nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) Leistungen der **Grundsicherung für Arbeitsuchende** an erwerbsfähige Leistungsberechtigte erbracht. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein steuerfinanziertes Fürsorgesystem, das für erwerbsfähige Leistungsberechtigte vorrangig Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt. Daneben haben erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die trotz intensiver Bemühungen keinen Arbeitsplatz finden können oder mit ihrer Erwerbstätigkeit ein nicht bedarfsdeckendes Einkommen erzielen, Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Arbeitslosengeld II, das auch als ergänzende (aufstockende) Leistung zum Einkommen zu gewähren ist.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende verfolgt einen haushaltsbezogenen Ansatz. Das bedeutet, dass neben dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten auch die mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen bei Hilfebedürftigkeit Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts entweder als Arbeitslosengeld II oder als Sozialgeld erhalten. Allerdings heißt das auch, dass wechselseitig Einkommen und Vermögen unter Berücksichtigung von Freibeträgen und Schonvermögen für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zur Deckung des Lebensunterhalts einzusetzen ist.

Am 1.1.1991 trat das neue **Kinder- und Jugendhilferecht** als Achstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in den alten Bundesländern in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum, das sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen vorsieht. Zur Beurteilung der Auswirkungen der Bestimmungen des SGB VIII werden gemäß §§ 98ff. SGB VIII mehrere Bundesstatistiken durchgeführt. Die mögliche Palette der Aussagen reicht von der Anzahl der verfügbaren Plätze in Kindertageseinrichtungen über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dabei beschränken sich die möglichen Aussagen nicht nur auf die Anzahl der geleisteten Hilfen, sondern können sich auch auf die Hilfeempfänger/-innen, ihre Lebenssituation und die Durchführung einer Hilfe beziehen. Ein wichtiger Bereich sind die Hilfen zur Erziehung (§§ 27 bis 35 SGB VIII), die von Erziehungsberatung, sozialer Gruppenarbeit und Betreuung einzelner junger Menschen (Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer) über sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie sowie Heimerziehung und sonstige betreute Wohnform bis zu intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung reichen. Die erzieherischen Hilfen einschließlich der Hilfe für junge Volljährige und die Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche werden in der Kinder- und Jugendhilfestatistik

am umfangreichsten erfasst. Hierzu werden die seit 2007 für alle Hilfearten gleichen Erhebungsmerkmale jährlich erhoben. Auch die Erhebungen zu Adoptionen, Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen sowie Sorgerechtsentziehungen werden jährlich durchgeführt. Seit 2007 werden auch die Eingliederungshilfen für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung (§ 35a SGB VIII) jährlich statistisch erfasst.

Ausgewählte, mit öffentlichen Mitteln geförderte Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII) werden alle vier Jahre statistisch erfasst. Anstelle der bisher vierjährlich erhobenen Statistik zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze wurden erstmals zum 15.3.2006 Daten zu den neuen Statistiken »Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen«, »Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege« und ab 2009 »Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder« erhoben. Im Jahr 2009 wurde der Stichtag zur Vereinfachung der Erhebung auf den 1. März vorverlegt. Diese Statistiken werden seitdem jährlich durchgeführt. Die übrigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, z. B. Einrichtungen der Heimerziehung, Jugendzentren, Jugendkunst- und -musikschulen und Jugendzeltplätze, Beratungsstellen und Jugendämter werden weiterhin vierjährlich erfasst (zuletzt 31.12.2010). Die Erhebungen hierzu liefern Informationen zu Trägerstrukturen, Einrichtungsgrößen und den darin tätigen Personen.

Die Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe werden jährlich einschließlich der Fördermittel für freie Träger erfasst und geben einen Überblick über den (finanziellen) Stellenwert dieser Leistungen für die nachwachsenden Generationen. Im Sozialbudget werden zu diesen Ausgaben der öffentlichen Träger für Jugendhilfe noch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einbezogen (zur Jugendhilfestatistik siehe auch im Abschnitt »Methodische Erläuterungen«).

Unter **Kindergeld und Familienleistungsausgleich** werden die im Rahmen des Familienleistungsausgleichs insgesamt durch Kinderfreibeträge oder Kindergeld bewirkte steuerliche Entlastung und gewährte Familienförderung dargestellt sowie die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den mit Wirkung ab 1996 eingeführten Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Durch die einkommensabhängige Leistungsgewährung fördert das Kindergeld Familien mit geringem Einkommen und mehreren Kindern. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 beträgt es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Der **Lastenausgleich** umfasst Leistungen zum Ausgleich von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der Neuordnung des Geldwesens in der Währungsreform 1948 ergeben haben, nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit: Ausgleichsleistungen für Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden, Sparerschäden und Schäden in der ehem. DDR. Sie wurden als Leistungen mit Rechtsanspruch (u. a. Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente, Hausratentschädigung, Entschädigung für Sparguthaben) oder als Leistungen ohne Rechtsanspruch (hauptsächlich Eingliederungs- und Aufbaudarlehen) gewährt. Weitere Leistungen wurden nach dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Reparationsschädengesetz erbracht. Die Leistungsgewährung beschränkte sich auf das frühere Bundesgebiet; infolge Fristablaufs ist heute eine Leistungsgewährung nicht mehr möglich. Lastenausgleich fordert die Ausgleichsverwaltung – seit dem 1.1.2010 auch das Bundesausgleichsamt – bei Ausgleich der festgestellten Schäden, z. B. durch Vermögensrückgaben in den neuen Ländern, von den Lastenausgleichsempfängern/-empfängerinnen oder ihren Erben zurück.

**Pensionen:** Ruhegehälter sowie Witwen-/Witwer- und Waisengelder, die von Gebietskörperschaften, ihren Wirtschaftsunternehmen und von sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften aufgrund von beamtenrechtlichen Vorschriften gezahlt werden. Erfasst werden auch die Leistungen an Bundesbeamte und -beamtinnen bei den privatisierten Wirtschaftsunternehmen Bahn und Post, Beschäftigte der Sozialversicherungsträger sowie Empfänger/-innen einer Versorgung nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Träger der sozialen **Pflegeversicherung** sind die Pflegekassen. Der versicherte Personenkreis der sozialen Pflegeversicherung umfasst die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten (Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder, Familienversicherte). Leistungsberechtigt sind Personen, die wegen einer Krankheit oder einer Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen. Die pflegebedürftigen Menschen werden nach dem Umfang des Hilfebedarfs in drei Pflegestufen unterteilt. Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich danach, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erforderlich ist. Bei teilstationärer und stationärer

Pflege gewähren die Pflegekassen Pflegesachleistungen, bei ambulanter Pflege hat der bzw. die Pflegebedürftige die Wahl zwischen Pflegesachleistungen (Einsätze zugelassener ambulanter Dienste), dem Pflegegeld oder der anteiligen Kombination beider Leistungsarten. Für die häuslichen Pflegepersonen werden unter gewissen Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Die Leistungen für die ambulante Pflege gibt es seit 1.4.1995, für stationäre Pflege seit 1.7.1996; sie werden überwiegend durch Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber je zur Hälfte (außer Sachsen) finanziert. Die Belastung der Arbeitskosten wird für die Arbeitgeber durch den Wegfall eines Feiertages (außer Sachsen) kompensiert.

Seit April 2002 wurde mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz die Situation pflegebedürftiger Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf verbessert und Initiativen zum Aufbau von sogenannten niedrigschwelligen Betreuungsangeboten insbesondere für die Betreuung zu Hause versorgter dementer Menschen angestoßen.

Seit dem 1.7.2008 beträgt der Beitragssatz 1,95 % (für Kinderlose 2,2 %). Erstmals können seither auch Pflegebedürftige der sogenannten Pflegestufe 0 Betreuungsleistungen aus Mitteln der Pflegeversicherung erhalten. Neben sonstigen Leistungsverbesserungen wurde zur sozialen Flankierung der Pflegezeit ein Anspruch auf Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung und die Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung für pflegende Angehörige eingeführt.

Seit 2002 besteht die Möglichkeit einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche kapitalgedeckte **private Altersvorsorge** zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Der Personenkreis umfasst alle Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte, sowie Beamte/Beamtinnen und Empfänger/-innen von Amtsbezügen. Im Jahr 2008 wurden auch Bezieher/-innen einer Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit oder einer Versorgung wegen vollständiger Dienstunfähigkeit in den begünstigten Personenkreis aufgenommen. Die Förderung erfolgt über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug. Der Aufbau einer solchen Eigenvorsorge ist freiwillig. Die Gesamtsparleistung (Mindesteigenbeitrag plus Zulage) ist von 1 % in 2002/2003 (über 2 % in 2004/2005 und 3 % in 2006/2007) bis zum Jahr 2008 auf maximal 4 % des in der Rentenversicherung beitragspflichtigen Vorjahreseinkommens bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres gestiegen, begrenzt auf die für den Sonderausgabenabzug zu berücksichtigenden Höchstbeträge.

**Private Krankenversicherung:** Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz wurde eine Krankenversicherungspflicht für Arbeitnehmer und Selbstständige eingeführt. Darüber hinaus müssen private Krankenversicherer einen Basistarif ohne Gesundheitsprüfung anbieten. Aus diesem Grund werden private Krankenversicherungen analog zur Vorgehensweise in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Bestandteil der Sozialschutzsysteme eingestuft. Mit dem Sozialbudget 2010 wurde daher die private Krankenversicherung als neue Institution aufgenommen.

**Sonstige Arbeitgeberleistungen** sind Leistungen der Betriebe bei Krankheit, freiwillige Familienzuschläge, Vorruhestandsleistungen der Betriebe.

Zu den **sonstigen Entschädigungen** zählen Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehr- und Zivildienstleistende und ihre Angehörigen, ferner einmalige Unterstützungen und Eingliederungshilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz (auch an Aussiedler/-innen) und dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz.

Das **soziale Entschädigungsrecht** umfasst Leistungen für Kriegsoffer nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und für Berechtigte nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen (z. B. Gewaltopfer, Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer staatlichen Unrechts in der DDR und Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene). Die Leistungen bemessen sich nach Umfang und Schwere der Schädigungsfolgen und dem jeweiligen Bedarf und setzen sich aus mehreren Einzelleistungen (Geld- und Sachleistungen) zusammen. Dazu zählen beispielsweise Beschädigtenrente, Pflegezulage und Berufsschadensausgleich sowie Hinterbliebenenrente und Bestattungsgeld als auch Leistungen zur Heil- und Krankenbehandlung und medizinische Rehabilitation. Die Rentenleistungen an Geschädigte und Hinterbliebene, die dem Ausgleich schädigungsbedingten Mehraufwandes dienen oder die vorrangig ideellen Charakter haben, werden ohne Berücksichtigung des Einkommens gezahlt. Die Höhe der anderen Leistungen, die bei Bedürftigkeit als Einkommens- oder Unterhaltersatz gezahlt werden, hängt – soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist – vom Einkommen des Berechtigten ab. Ergänzend hierzu tritt im Bedarfsfall die **Kriegsopferfürsorge** mit ihren individuellen Hilfen ein: z. B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Pflege oder die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Leistungen hängen überwiegend vom Einkommen und Vermögen der Berechtigten ab, soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Für die Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts sind die Versorgungsbehörden sowie die Fürsorge- bzw. Hauptfürsorgestellen in den einzelnen Ländern zuständig.

Die **Sozialhilfe** schützt als letztes »Auffangnetz« vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung. Sie soll den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben.

Im Rahmen des SGB XII »Sozialhilfe« werden im Einzelnen folgende Leistungen unterschieden:

3. Kapitel SGB XII Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27–40),
4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41–46a),
5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47–52),
6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53–60),
7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61–66),
8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67–69),
9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70–74).

Für die amtliche Statistik der Hilfe zum Lebensunterhalt führte die Einführung der »Grundsicherung für Arbeitsuchende« nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zum 1.1.2005 (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) zu weitreichenden Änderungen. Seit 2005 erhalten bisherige Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne), sofern sie grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Deshalb wurden erwerbsfähige hilfebedürftige Personen letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten seit dem 1.1.2005 lediglich *nicht erwerbsfähige* Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (z. B. Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören auch z. B. zeitlich befristet voll Erwerbsgeminderte (Personen, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes weniger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können), längerfristig Erkrankte (länger als sechs Monate), Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, sofern sie nicht in einem Haushalt von erwachsenen und hilfebedürftigen erwerbsfähigen Personen leben (ansonsten würde ein Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitsuchende bestehen) oder ältere Personen, die zwar noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht haben, aber bereits Leistungen der Alterssicherungssysteme (insbesondere aus der gesetzlichen Rentenversicherung) erhalten. Eine weitere Veränderung in der Sozialhilfestatistik ergab sich in der Vergangenheit, weil Asylbewerber seit dem 1.11.1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Unter **steuerliche Leistungen** werden vier unterschiedliche Arten von steuerlichen Maßnahmen zusammengefasst; nämlich sozialpolitisch begründete Maßnahmen (mit Subventions-, Anreiz- oder Förderungszielen), Maßnahmen wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit, Splitting-Verfahren für Ehegatten sowie Steuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen.

**Versorgungswerke** basieren auf der berufsständischen Selbstverwaltung in öffentlichen Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft (Kammerverfassung) und wurden aufgrund von Landesgesetzen für bestimmte freie Berufe zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung errichtet. Einbezogen in diese Versicherungs- und Versorgungswerke sind insbesondere Ärzte/Ärztinnen, Zahnärzte/Zahnärztinnen, Tierärzte/Tierärztinnen, Apotheker/-innen, Rechtsanwälte/-anwältinnen und Notare/Notarinnen, Wirtschaftsprüfer/-innen und Steuerberater/-innen, Architekten/Architektinnen.

Gewährt werden Leistungen zur Teilhabe, bei Berufsunfähigkeit, bei Alter und zugunsten von Hinterbliebenen.

Die **Wiedergutmachung** enthält vor allem Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die darauf basierenden Regelungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, aber auch Ausgaben im Rahmen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG).

Das **Wohngeld** ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Der größere Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Mieter bzw. vom Eigentümer selbst getragen werden.

Mit der am 1. 1. 2009 in Kraft getretenen Wohngeldreform sind die Höchstbeträge für Miete und Belastung auf Neubauniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10 % angehoben worden. Daneben wurden die Tabellenwerte um 8 % erhöht. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigem Einkommen sind durch diese Leistungsverbesserungen wieder wohngeldberechtigt und damit nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen.

Als **Zusatzversorgung** wird die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Tarifbeschäftigte (früher: Arbeiter und Angestellte) öffentlicher Arbeitgeber bezeichnet, die z. B. bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder oder bei kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen versichert sind.

#### Ergänzende Definitionen zu einzelnen Statistiken

**Asylbewerberleistungen** erfolgen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), das am 1.11.1993 in Kraft getreten ist. Asylbewerber und -bewerberinnen und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seitdem bei Bedarf anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG. Zur Deckung des notwendigen Bedarfs (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts) erhalten die Leistungsberechtigten Regelleistungen. Diese werden entweder in Form von Grundleistungen (§ 3 AsylbLG) oder in besonderen Fällen in Form von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG) analog zu den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) gewährt. Daneben erhalten die Asylbewerber und -bewerberinnen in speziellen Bedarfssituationen besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG). Die analoge Anwendung von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erfolgt auch in diesem Bereich in besonderen Fällen auf der Grundlage des § 2 AsylbLG. Demnach ist Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Im Sozialbudget werden die Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG weiterhin zusammen in der Institution »Sozialhilfe« ausgewiesen. Erfasst werden hier auch weitere soziale Hilfen des Bundes und der Länder.

Die Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** wurden durch das zum 1.1.2003 in Kraft getretene Grundsicherungsgesetz (GSiG) eingeführt. Mit der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Reform der Sozialhilfe wurde das GSiG als 4. Kapitel in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«) eingeordnet. Seit diesem Zeitpunkt ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Bestandteil des Sozialhilferechts (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Stichwort »Sozialhilfe« in den »Definitionen« sowie die Ausführungen zur Sozialhilfestatistik in den »Methodischen Erläuterungen«). Nach dem 4. Kapitel des SGB XII haben Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfebedürftigkeit einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen entsprechen denen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

(3. Kapitel SGB XII). Einkommen wie z. B. Rentenbezüge oder Vermögen von Leistungsberechtigten, nicht getrennt lebender Ehegatten oder Lebenspartner sowie Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft werden ebenfalls wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet. Allerdings wird gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern bzw. Eltern mit einem Jahreseinkommen unterhalb von 100 000 Euro kein Unterhaltsrückgriff vorgenommen. Durch den Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff soll die sogenannte »verschämte Armut« verhindert werden. Vor allem ältere Menschen machten vor Einführung der Grundsicherung bestehende Ansprüche auf Hilfe zum Lebensunterhalt oftmals nicht geltend, weil sie den Rückgriff des Sozialamts auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchteten.

Die **Mindestsicherungsquote** stellt den Anteil der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden als finanzielle Hilfen des Staates zur Sicherung des laufenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt. Leistungsberechtigt ist, wer seinen grundlegenden Lebensunterhalt aufgrund von besonderen Lebensumständen nicht aus eigenen Mitteln decken kann.

Zu den Leistungen der Mindestsicherung zählen die folgenden Hilfen:

- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II »Grundsicherung für Arbeitsuchende«),
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der »Sozialhilfe« nach dem SGB XII,
- Laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der »Sozialhilfe« nach dem SGB XII,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG),
- Leistungen der Kriegsofopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

**Schwerbehinderte Menschen:** Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Bei mehreren Behinderungen wird der GdB nach den Auswirkungen der Behinderungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Auf Antrag stellen die Versorgungsämter für diese Personen einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach dem Neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX), z. B. unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr, oder nach anderen Gesetzen zustehen (z. B. Einkommensteuer-, Kraftfahrzeugsteuergesetz).

8 Sozialeleistungen  
8.1 Sozialbudget nach Institutionen \*)

Jahr	Leistungen						Finanzierung							
	insgesamt 1)	Sozialschutzleistungen			Sonstige Ausgaben	Verrechnungen	insgesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	sonstige Einnahmen	Verrechnungen	
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Beiträge des Staates				der Versicherten 2)	der Arbeitgeber					Beiträge des Staates
									tatsächlich	unterstellt				
Mill. EUR														
<b>Sozialeleistungen insgesamt, konsolidiert um Beiträge des Staates und Verrechnungen (Zahlungen der Institutionen untereinander)</b>														
2008	691 802	438 069	226 613	–	2 053	–	738 946	208 552	179 616	77 932	–	258 270	14 576	–
2009	745 059	458 979	255 786	–	2 253	–	774 731	224 220	181 646	81 799	–	272 610	14 456	–
<b>nachrichtlich: Sozialeleistungen einschl. Beiträge des Staates</b>														
2008	723 645	438 069	226 613	31 843	2 053	–	770 789	208 552	179 616	77 932	31 843	258 270	14 576	–
2009	779 680	458 979	255 786	34 621	2 253	–	809 352	224 220	181 646	81 799	34 621	272 610	14 456	–
<b>Sozialversicherungssysteme</b>														
<b>Rentenversicherung 3)</b>														
2008	245 305	222 103	3 916	15 185	152	491	248 830	78 962	81 252	–	8 087	79 492	884	154
2009	250 739	226 721	4 149	15 701	167	507	250 430	78 687	81 547	–	9 365	80 339	339	152
<b>Krankenversicherung</b>														
2008	159 528	5 892	143 220	1 262	867	663	160 975	81 669	51 664	–	22 385	3 805	1 141	311
2009	169 836	6 368	152 024	1 464	1 032	699	168 141	82 449	52 356	–	23 699	8 588	728	321
<b>Pflegeversicherung</b>														
2008	19 079	–	17 266	871	3	7	19 705	11 538	6 938	–	1 124	–	104	–
2009	20 277	–	18 399	879	3	8	21 264	12 426	7 419	–	1 331	–	87	–
<b>Unfallversicherung 4)</b>														
2008	12 072	6 713	2 662	190	950	165	12 458	1 339	9 130	–	43	1 356	585	4
2009	12 005	6 231	2 780	204	974	161	12 345	1 389	9 730	–	43	669	505	10
<b>Arbeitslosenversicherung 5)</b>														
2008	34 310	15 015	3 586	6 539	–	5 577	35 997	13 408	13 968	–	204	7 586	831	–
2009	45 022	23 075	4 078	8 490	–	5 435	31 676	11 198	11 828	–	183	7 780	686	–
<b>Sondersysteme</b>														
<b>Alterssicherung der Landwirte</b>														
2008	3 024	2 913	28	3	0	12	3 012	678	–	–	–	2 333	1	–
2009	2 975	2 868	25	3	0	12	2 997	677	–	–	–	2 319	2	–
<b>Versorgungswerke</b>														
2008	3 534	3 255	–	–	2	–	13 241	6 020	614	–	–	–	6 607	–
2009	3 644	3 360	–	–	2	–	13 637	6 199	632	–	–	–	6 806	–
<b>Private Altersvorsorge</b>														
2008	50	50	–	–	–	–	9 038	6 812	–	–	–	2 226	–	–
2009	100	100	–	–	–	–	10 288	7 790	–	–	–	2 498	–	–
<b>Private Krankenversicherung 6)</b>														
2008	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2009	16 891	759	15 103	–	–	–	16 762	15 002	1 760	–	–	–	–	–
<b>Private Pflegeversicherung</b>														
2008	661	–	576	24	–	–	1 990	1 580	410	–	–	–	–	–
2009	710	–	616	26	–	–	2 010	1 590	420	–	–	–	–	–
<b>Systeme des öffentlichen Dienstes</b>														
<b>Pensionen</b>														
2008	39 072	38 810	–	–	–	–	39 915	236	–	14 220	–	23 469	871	1 119
2009	40 992	40 730	–	–	–	–	41 734	246	–	14 830	–	24 533	945	1 181
<b>Familienzuschläge</b>														
2008	2 955	2 927	–	–	–	–	2 955	–	–	–	–	2 276	625	54
2009	3 047	3 018	–	–	–	–	3 047	–	–	–	–	2 347	644	56
<b>Beihilfen</b>														
2008	11 921	4	11 798	–	–	–	12 046	–	–	9 088	–	2 492	224	243
2009	12 204	4	12 078	–	–	–	12 296	–	–	9 228	–	2 570	248	250
<b>Arbeitgebersysteme</b>														
<b>Entgeltfortzahlung</b>														
2008	28 500	28 500	–	–	–	–	28 500	–	–	28 500	–	–	–	–
2009	29 024	29 024	–	–	–	–	29 024	–	–	29 024	–	–	–	–
<b>Betriebliche Altersversorgung</b>														
2008	21 550	21 550	–	–	–	–	35 954	5 334	5 690	24 930	–	–	–	–
2009	22 210	22 210	–	–	–	–	38 580	5 540	5 510	27 530	–	–	–	–
<b>Zusatzversorgung</b>														
2008	9 700	9 062	–	1	16	–	13 788	975	9 949	–	–	558	2 305	–
2009	9 921	9 270	–	1	17	–	15 039	1 027	10 444	–	–	549	3 020	–
<b>Sonstige Arbeitgeberleistungen</b>														
2008	1 194	925	269	–	–	–	1 194	–	–	1 194	–	–	–	–
2009	1 187	919	267	–	–	–	1 187	–	–	1 187	–	–	–	–

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

8 Soziale Leistungen  
8.1 Sozialbudget nach Institutionen \*)

Jahr	Leistungen						Finanzierung							
	ins- gesamt 1)	Sozialschutzleistungen			Sonstige Ausgaben	Verrech- nungen	ins- gesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	sonstige Einnahmen	Verrech- nungen	
		Einkom- mens- leistungen	Sachlei- stungen	Beiträge des Staates				der Ver- sicherten 2)	der Arbeitgeber					Beiträge des Staates
									tatsächlich	unterstellt				
Mill. EUR														
<b>Entschädigungssysteme</b>														
Soziale Entschädigung 7)														
2008	2 684	1 751	689	1	0	100	2 684	-	-	-	-	2 684	-	-
2009	2 457	1 574	645	1	1	110	2 457	-	-	-	-	2 457	-	-
Lastenausgleich														
2008	46	37	1	-	-	4	46	-	-	-	-	46	0	-
2009	40	32	1	-	-	3	40	-	-	-	-	40	0	-
Wiedergutmachung														
2008	868	813	7	-	-	-	868	-	-	-	-	868	-	-
2009	911	853	7	-	-	-	911	-	-	-	-	911	-	-
Sonstige Entschädigungen														
2008	67	38	25	-	-	-	67	-	-	-	-	67	-	-
2009	71	41	26	-	-	-	71	-	-	-	-	71	-	-
<b>Förder- und Fürsorgesysteme</b>														
Kindergeld und Familienleistungsausgleich														
2008	36 680	36 458	-	-	-	-	36 680	-	-	-	-	36 680	-	-
2009	39 258	39 002	-	-	-	-	39 258	-	-	-	-	39 258	-	-
Erziehungsgeld / Elterngeld														
2008	5 061	5 055	-	-	-	-	5 061	-	-	-	-	5 061	-	-
2009	4 703	4 697	-	-	-	-	4 703	-	-	-	-	4 703	-	-
Grundsicherung für Arbeitsuchende														
2008	44 211	20 651	13 324	6 447	-	-	44 211	-	-	-	-	39 211	-	5 000
2009	46 068	21 454	13 573	6 822	-	-	46 068	-	-	-	-	41 202	-	4 866
Arbeitslosenhilfe / sonst. Arbeitsförderung														
2008	920	7	556	295	62	-	920	-	-	-	-	396	394	130
2009	626	15	547	6	58	-	626	-	-	-	-	85	444	97
Ausbildungs- und Aufstiegsförderung 8)														
2008	1 804	1 714	-	-	-	-	1 804	-	-	-	-	1 801	3	-
2009	2 057	1 955	-	-	-	-	2 057	-	-	-	-	2 054	3	-
Sozialhilfe 7) 9)														
2008	23 519	13 825	7 530	1 024	-	-	23 519	-	-	-	-	23 515	-	4
2009	24 489	14 700	7 574	1 024	-	-	24 489	-	-	-	-	24 486	-	3
Kinder- und Jugendhilfe 7) 10)														
2008	21 562	-	20 434	-	-	-	21 562	-	-	-	-	21 562	-	-
2009	23 454	-	22 329	-	-	-	23 454	-	-	-	-	23 454	-	-
Wohngeld														
2008	787	-	726	-	-	-	787	-	-	-	-	787	-	-
2009	1 698	-	1 567	-	-	-	1 698	-	-	-	-	1 698	-	-
<b>nachrichtlich: Steuerliche Leistungen 11)</b>														
2008	34 399	34 399	-	-	-	-	34 399	-	-	-	-	34 399	-	-
2009	32 381	32 381	-	-	-	-	32 381	-	-	-	-	32 381	-	-

\*) Berechnungsstand Mai 2011. – 2009 vorläufig.

1) Einschl. Verwaltungsausgaben.

2) Sozialbeiträge der Arbeitnehmer, Selbstständigen und sonstigen Personen, einschl. Eigenbeiträge von Empfänger/-innen sozialer Leistungen.

3) Rentenrückflüsse sowie Selbstbeteiligungen und Erstattungen sind jeweils auf der Einnahmen- und Ausgabenseite abgesetzt.

4) Zuführungen zu bzw. Entnahmen aus Betriebsmitteln und Rücklagen sind abgesetzt.

5) Ohne Darlehen, Grunderwerb sowie Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen.

6) Als Folge der Gesundheitsreform 2007 ist ab dem Jahr 2009 die Berücksichtigung der mit der GKV vergleichbaren Grundleistungen der PKV im Sozialbudget erforderlich. Der dadurch entstandene Strukturbruch in der Zeitreihe ist unvermeidlich. Ein Vergleich früherer Angaben mit denen ab 2009 ist daher nur eingeschränkt möglich.

7) Ohne Erstattungen und Darlehen.

8) Leistungen nach BAföG und AFBG, ohne Darlehen.

9) Einschl. weiterer Leistungen der Sozialhilfeträger und sozialer Hilfen der Länder (z. B. Landesblinden- und -pflegegeld), Asylbewerberleistungsgesetz usw.

10) Einschl. Leistungen des Bundes (z. B. nach dem Bundesjugendplan) und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, ohne Selbstbeteiligungen und Erstattungen.

11) Entsprechend europäischer Konvention und Vorschriften fließen die steuerlichen Leistungen nicht mehr in die Berechnung der Sozialleistungsquote mit ein und werden nur noch nachrichtlich ausgewiesen. Enthalten sind auch die Beträge, die sich rein rechnerisch aus dem »Ehegatten-Splitting« des Einkommensteuerrechts ergeben.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen  
 8.2 Gesetzliche Krankenversicherung  
 8.2.1 Kassen und Mitglieder \*)

Jahr Kassenart	Kassen <sup>1)</sup>	Mitglieder			Pflichtmitglieder <sup>2)</sup>		Freiwillige Mitglieder		Rentner/-innen <sup>3)</sup>	
		insgesamt	männlich	weiblich	männlich <sup>4)</sup>	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	Anzahl	1 000								
2008	217	51 084	25 498	25 586	15 443	14 247	3 086	1 413	6 969	9 926
2009	202	51 236	25 506	25 730	15 497	14 415	3 048	1 400	6 960	9 916
2010	165	51 374	25 507	25 867	15 516	14 548	3 051	1 411	6 940	9 908
davon (2010):										
AOK	14	17 836	8 985	8 851	5 609	4 338	583	321	2 793	4 192
BKK	127	9 352	5 014	4 338	3 222	2 856	685	243	1 107	1 239
IKK	8	3 854	2 256	1 598	1 670	1 132	199	87	386	380
LKK	9	571	363	208	175	25	22	12	166	171
KBS <sup>5)</sup>	1	1 383	741	642	275	166	51	17	416	459
EK <sup>6)</sup>	6	18 378	8 148	10 230	4 565	6 032	1 511	731	2 072	3 467

\*) Durchschnitt errechnet aus 12 Monatswerten.

<sup>1)</sup> Ohne Erstreckungskassen.

<sup>2)</sup> Einschl. Studenten, ohne Rentner/-innen.

<sup>3)</sup> Bei den LKKn sind auch Altenteiler und sonstige Versicherte enthalten.

<sup>4)</sup> Einschl. Wehr- und Zivildienstleistende sowie Dienstleistende bei der Bundespolizei.

<sup>5)</sup> Einschl. See-Krankenkasse (Fusion mit KBS zum 1.1.2008).

<sup>6)</sup> Fusion der Ersatzkassenverbände zum 1.1.2009.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.2.2 Mitglieder nach Altersgruppen \*)

Jahr Kassenart	Mitglieder <sup>1)</sup>	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
		unter 15	15 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 und mehr
	1 000	%						
2008	34 056	0,1	10,1	21,4	25,9	25,8	14,3	2,3
2009	34 220	0,1	10,0	21,6	24,7	26,5	14,9	2,3
2010	34 373	0,1	9,7	21,7	23,5	27,0	15,6	2,3
davon (2010):								
AOK	10 856	0,1	11,6	20,7	22,2	26,7	16,3	2,5
BKK	6 913	0,1	8,9	22,8	27,4	27,0	12,7	1,0
IKK	3 105	0,1	10,8	25,1	25,3	24,8	12,3	1,6
LKK	234	0,1	2,8	10,7	19,8	32,1	28,6	6,0
KBS <sup>2)</sup>	514	0,0	9,8	15,2	19,2	31,2	20,4	4,2
EK <sup>3)</sup>	12 750	0,2	8,4	21,7	22,4	27,5	16,9	3,0

\*) Stichtag 1.7.

<sup>1)</sup> Mitglieder der allgemeinen Krankenversicherung (AKV) ohne Rentner/-innen.

<sup>2)</sup> Einschl. See-Krankenkasse (Fusion mit KBS zum 1.1.2008).

<sup>3)</sup> Fusion der Ersatzkassenverbände zum 1.1.2009.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.2.3 Einnahmen und Ausgaben

Jahr Kassenart	Einnahmen <sup>1)</sup>		Ausgaben <sup>2)</sup>							Bei- träge	Leis- tungen	
	ins- gesamt	dar. Beiträge	ins- gesamt	Verwal- tungs- kosten	Aufwen- dungen für Leis- tungen	darunter				sonstige Aus- gaben	je Mitglied (ohne Rentner/ -innen)	
						Behand- lung durch Ärzte/ Ärztinnen <sup>3)</sup>	Kranken- haus- behand- lung	Arznei- mittel <sup>4)</sup>	Kranken- geld			
	Mill. EUR										EUR	
2007	153 567	147 474	154 022	8 180	144 433	32 643	49 133	39 316	6 017	1 409	3 354	2 137
2008	159 964	153 331	160 937	8 283	150 900	33 898	50 853	41 157	6 583	1 753	3 461	2 229
2009	172 202	- <sup>7)</sup>	170 784	8 908	160 398	35 843	54 203	43 303	7 258	1 478	- <sup>7)</sup>	2 373
davon (2009):												
AOK	65 148	-	64 231	3 340	60 451	12 545	22 249	16 299	1 987	440	-	2 539
BKK	29 279	-	29 003	1 581	27 036	6 457	8 486	6 935	1 682	386	-	2 262
IKK	11 400	-	11 112	622	10 359	2 349	3 388	2 695	658	131	-	2 112
LKK	2 429	-	2 419	118	2 195	447	835	602	2	107	-	2 571
KBS <sup>5)</sup>	5 929	-	5 918	217	5 594	1 023	2 071	1 353	172	108	-	2 735
EK <sup>6)</sup>	58 016	-	58 101	3 030	54 763	13 022	17 174	15 418	2 757	307	-	2 346

<sup>1)</sup> Ohne Risikostrukturausgleich und ohne Beiträge aus geringfügiger Beschäftigung.

<sup>2)</sup> Ohne Risikostrukturausgleich.

<sup>3)</sup> Einschl. Zahnärzten/Zahnärztinnen.

<sup>4)</sup> Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

<sup>5)</sup> Einschl. See-Krankenkasse (Fusion mit KBS zum 1.1.2008).

<sup>6)</sup> Fusion der Ersatzkassenverbände zum 1.1.2009.

<sup>7)</sup> Wird durch den Gesundheitsfonds nicht mehr ausgewiesen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8 Sozialeleistungen  
8.2 Gesetzliche Krankenversicherung  
8.2.4 Leistungsfälle

Jahr Kassenart	Mitglieder (Pflichtmitglieder und freiwillige Mitglieder ohne Rentner/-innen und ohne Studenten)									
	Arbeitsunfähigkeitsfälle				Arbeitsunfähigkeitstage					
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1 000		je 100 Mitglieder		1 000		je 100 Mitglieder		je Arbeitsunfähigkeitsfall	
2007	15 785	14 557	85,8	94,2	197 330	179 807	1 073	1 164	12,5	12,4
2008	16 894	15 608	91,4	99,7	210 561	193 955	1 136	1 239	12,5	12,4
2009	17 100	16 563	92,2	104,7	218 337	208 175	1 177	1 316	12,8	12,6
davon (2009):										
AOK	6 280	5 021	104,6	112,3	75 200	58 108	1 252	1 300	12,0	11,6
BKK	3 626	3 204	90,0	100,9	46 527	39 703	1 154	1 250	12,8	12,4
IKK	1 948	1 281	99,4	104,6	26 192	15 511	1 337	1 266	13,4	12,1
LKK	31	9	15,3	23,4	292	107	145	284	9,5	12,1
KBS <sup>1)</sup>	294	184	92,5	115,3	4 959	2 560	1 560	1 602	16,9	13,9
EK <sup>2)</sup>	4 921	6 863	81,6	181,7	65 167	92 185	1 080	1 367	13,2	13,4

Jahr Kassenart	Mitglieder (Pflichtmitglieder einschl. Rentner/-innen und Studenten sowie freiwillige Mitglieder)									
	Krankenhausfälle		Krankenhaustage				Mutterschaftshilfefälle		Krankengeldfälle <sup>3)</sup>	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	mit Familienangehörigen		männlich	weiblich
	1 000		je Krankenhausfall		1 000		je 1 000 Mitglieder		1 000	
2007	6 110	6 526	60 777	68 652	9,9	10,5	348	6,9	782	669
2008	6 332	6 765	61 647	69 653	9,7	10,3	367	7,2	817	704
2009	6 443	6 879	61 452	69 086	9,5	10,0	365	7,1	807	716
davon (2009):										
AOK	2 559	2 688	25 914	28 585	10,1	10,6	82	4,7	281	199
BKK	1 010	912	9 492	9 063	9,4	9,9	101	10,5	168	133
IKK	468	327	4 405	3 155	9,4	9,7	32	8,1	106	57
LKK	114	76	1 152	835	10,1	11,0	0	0,5	0	0
KBS <sup>1)</sup>	295	272	2 690	2 669	9,1	8,9	3	2,1	20	10
EK <sup>2)</sup>	1 999	2 604	17 800	24 779	8,9	9,5	147	8,1	233	316

<sup>1)</sup> Einschl. See-Krankenkasse (Fusion mit KBS zum 1.1.2008).

<sup>2)</sup> Fusion der Ersatzkassenverbände zum 1.1.2009.

<sup>3)</sup> Ohne Rentner/-innen und Studenten.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.3 Gesetzliche Unfallversicherung

8.3.1 Versicherte, Rentenbestand, Schadensfälle und Ausgaben der Schülerunfallversicherung \*)

Jahr	Versicherte	Renten am Jahresende		Anzeige auf Verdacht einer Berufskrankheit	Meldepflichtige Unfälle			Neue Unfallrenten		Tödliche Unfälle
		insgesamt	dar. an Versicherte		insgesamt	Schul- und Kindergartenunfälle	Wegeunfälle	insgesamt	dar. Unfälle in Schulen, Hochschulen und Kindergärten	
		Anzahl								
2007	17 268	16 402	16 291	163	1 396 974	1 282 464	114 510	1 138	799	62
2008	17 059	16 562	16 448	112	1 450 987	1 332 424	118 563	1 044	733	76
2009	17 072	16 981	16 872	117	1 366 086	1 250 552	115 534	1 065	751	59

Jahr	Ausgaben					
	insgesamt	davon				
		Renten, Beihilfen, Abfindungen	Heilbehandlung <sup>1)</sup>	berufsfördernde Leistungen	Verfahrenskosten <sup>2)</sup>	sonstige Leistungen
1 000 EUR						
2007	407 738	83 177	308 361	13 239	2 484	478
2008	424 877	86 028	323 552	12 287	2 497	514
2009	425 610	88 453	322 037	12 193	2 437	490

\*) Unfallversicherung für Schüler/-innen und Studierende sowie für Kinder in Kindergärten.

<sup>1)</sup> Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz, Übergangsgeld und sonstige Heilbehandlungskosten.

<sup>2)</sup> Leistungen zur Rechtsverfolgung, Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigungen, Vergütung für Auszahlungen der Renten und für Beitragseinzug.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen  
 8.3 Gesetzliche Unfallversicherung  
 8.3.2 Versicherte und Rentenbestand \*)

Jahr Träger	Versicherte	Vollarbeiter <sup>1)</sup>	Rentenbestand am Jahresende				
			insgesamt	Renten an Versicherte	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten	Renten an sonstige Berechtigte
1 000							
2007	59 929	37 633	1 046 345	904 220	123 915	18 140	70
2008	60 695	37 569	997 151	857 505	122 646	16 948	52
2009	61 428	37 762	984 092	846 684	121 099	16 261	48
davon (2009):							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	47 075	31 302	786 709	671 693	101 568	13 409	39
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3 445	1 299	107 013	95 241	10 222	1 548	2
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand <sup>2)</sup>	10 909	5 161	90 370	79 750	9 309	1 304	7

\*) Ohne Schülerunfallversicherung.

<sup>1)</sup> Errechnet aufgrund der durchschnittlich im Jahr geleisteten Arbeitstage oder Arbeitsstunden.

<sup>2)</sup> Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.3.3 Schadensfälle und Entschädigungen \*)

Jahr Träger	Berufskrankheit	Meldepflichtige Unfälle			Neue Unfallrenten			Tödliche Unfälle
		insgesamt	davon		insgesamt	Arbeitsunfälle	Wegeunfälle <sup>1)</sup>	
			Arbeitsunfälle	Wegeunfälle <sup>1)</sup>				
1 000		Anzahl						
2007	64	1 225	1 056	170	27 598	21 315	6 283	1 333
2008	64	1 243	1 064	179	26 395	20 627	5 768	1 243
2009	70	1 156	975	181	25 053	19 018	6 035	997
davon (2009):								
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	62	933	783	150	20 476	15 284	5 192	748
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3	91	89	3	2 519	2 428	91	179
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand <sup>2)</sup>	5	132	103	28	2 058	1 306	752	70

\*) Ohne Schülerunfallversicherung.

<sup>1)</sup> Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte.

<sup>2)</sup> Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.3.4 Einnahmen, Ausgaben und Vermögen \*)

Jahr Träger	Einnahmen		Ausgaben							Vermögen <sup>3)</sup>	
	insgesamt	dar. Beiträge	insgesamt	Verwaltungs- und Verfahrenskosten	Aufwendungen für Leistungen	darunter			sonstige Ausgaben <sup>2)</sup>		
						Renten	Heilbehandlung <sup>1)</sup>	Verletzten-geld			Unfallverhütung
Mill. EUR											
2007	13 903	11 755	13 826	1 320	9 757	5 638	2 589	515	882	2 749	18 409
2008	14 723	11 800	14 657	1 381	10 533	5 566	2 696	547	948	2 743	18 360
2009	13 924	11 590	14 027	1 439	10 225	5 682	2 840	590	973	2 363	18 267
davon (2009):											
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	11 872	9 910	11 977	1 144	8 614	4 858	2 312	504	823	2 219	15 922
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	882	834	885	107	706	324	275	33	58	71	1 441
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand <sup>4)</sup>	1 170	846	1 165	188	905	500	253	52	93	73	905

\*) Ohne Schülerunfallversicherung.

<sup>1)</sup> Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltpflege, Zahnersatz und sonstige Heilbehandlungskosten.

<sup>2)</sup> Vermögensaufwendungen, rechnungsmäßiges Defizit der eigenen Unternehmen, Beitragsausfälle aus der Umlage des Vorjahres, sonstige Aufwendungen.

<sup>3)</sup> Bestand am Jahresende.

<sup>4)</sup> Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen  
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung  
 8.4.1 Rentenansprüche der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung 2010

Versicherungszweig	Ein- gegangene Anträge	Erledigte Anträge								Unerledigte Anträge am Jahresende
		insgesamt	bewilligt					abgelehnt	auf andere Weise erledigt	
			zusammen <sup>1)</sup>	Versicherten- renten	Erziehungs- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten			
1 000										
Allgemeine Rentenversicherung . . . . .	1 619	1 617	1 331	938	2	326	65	221	65	239
Knappschaftliche Rentenversicherung . . . . .	69	71	62	32	0	25	3	8	1	5
<b>Insgesamt . . .</b>	<b>1 688</b>	<b>1 688</b>	<b>1 393</b>	<b>970</b>	<b>2</b>	<b>351</b>	<b>68</b>	<b>229</b>	<b>66</b>	<b>243</b>

<sup>1)</sup> Einschl. Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.2 Zugänge an Versichertenrenten 2009 nach dem Alter bei Rentenbeginn \*)

Alter bei Rentenbeginn von . . . bis unter . . . Jahren	Allgemeine Rentenversicherung					Knapp- schaftliche Rentenver- sicherung insgesamt <sup>1)</sup>
	Versichertenrenten			darunter Renten wegen		
	Männer	Frauen	insgesamt	teilweiser Erwerbs- minderung	voller Erwerbs- minderung	
1 000						
unter 30 . . . . .	2	2	4	0	4	0
30 – 40 . . . . .	7	8	15	1	14	0
40 – 50 . . . . .	22	23	45	4	41	1
50 – 60 . . . . .	47	42	89	16	73	5
60 – 63 . . . . .	92	155	247	2	8	8
63 – 65 . . . . .	69	50	118	0	2	3
65 und mehr . . . . .	163	164	326	–	–	7
<b>Insgesamt . . .</b>	<b>401</b>	<b>444</b>	<b>845</b>	<b>24</b>	<b>142</b>	<b>25</b>

\*) Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

<sup>1)</sup> Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin

8 Sozialeleistungen  
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung  
 8.4.3 Rentenbestand der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung  
 am 1.7.2010

Versicherungszweig	Ins- gesamt <sup>1)</sup>	Versichertenrenten							Renten wegen Todes				
		zu- sammen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			zu- sammen	davon			
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		Witwen- renten	Witwer- renten	Waisen- renten	Erziehungs- renten
1 000													
<b>Deutschland</b>													
Allgemeine Rentenversicherung . . . . .	23 828	18 486	1 506	765	741	16 980	7 289	9 691	5 342	4 452	533	347	10
Knappschaftliche Rentenversicherung . . . . .	1 062	653	64	55	9	588	474	114	409	389	8	12	0
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>24 890</b>	<b>19 138</b>	<b>1 570</b>	<b>820</b>	<b>750</b>	<b>17 568</b>	<b>7 762</b>	<b>9 806</b>	<b>5 751</b>	<b>4 841</b>	<b>541</b>	<b>359</b>	<b>10</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>													
Allgemeine Rentenversicherung . . . . .	19 038	14 735	1 137	581	556	13 598	5 963	7 636	4 303	3 630	365	308	7
Knappschaftliche Rentenversicherung . . . . .	726	424	41	38	3	382	339	44	302	290	3	9	0
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>19 764</b>	<b>15 159</b>	<b>1 178</b>	<b>619</b>	<b>559</b>	<b>13 981</b>	<b>6 302</b>	<b>7 679</b>	<b>4 605</b>	<b>3 913</b>	<b>368</b>	<b>317</b>	<b>7</b>
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>													
Allgemeine Rentenversicherung . . . . .	4 790	3 750	367	184	185	3 381	1 326	2 055	1 039	829	168	40	2
Knappschaftliche Rentenversicherung . . . . .	336	229	23	17	6	206	135	71	107	99	5	3	0
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>5 125</b>	<b>3 979</b>	<b>392</b>	<b>201</b>	<b>191</b>	<b>3 587</b>	<b>1 461</b>	<b>2 126</b>	<b>1 146</b>	<b>929</b>	<b>173</b>	<b>42</b>	<b>2</b>

<sup>1)</sup> Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.4 Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge \*)

Stichtag 1.7.	Allgemeine Rentenversicherung			Knappschaftliche Rentenversicherung <sup>1)</sup>		
	Versicherten- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten	Versicherten- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten
	EUR					
<b>Früheres Bundesgebiet</b>						
<b>Insgesamt</b>						
2008 . . . . .	685	509	157	1 199	745	178
2009 . . . . .	701	520	159	1 203	750	179
2010 . . . . .	700	518	158	1 191	745	178
<b>Männer</b>						
2008 . . . . .	937	225	.	1 259	323	.
2009 . . . . .	956	230	.	1 262	323	.
2010 . . . . .	952	231	.	1 250	327	.
<b>Frauen</b>						
2008 . . . . .	482	535	.	709	750	.
2009 . . . . .	496	547	.	721	755	.
2010 . . . . .	498	546	.	720	750	.
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>						
<b>Insgesamt</b>						
2008 . . . . .	799	508	162	1 003	636	177
2009 . . . . .	821	523	165	1 024	651	179
2010 . . . . .	819	522	164	1 019	651	179
<b>Männer</b>						
2008 . . . . .	981	263	.	1 141	322	.
2009 . . . . .	1 006	274	.	1 161	332	.
2010 . . . . .	998	277	.	1 150	336	.
<b>Frauen</b>						
2008 . . . . .	672	553	.	729	650	.
2009 . . . . .	696	572	.	753	666	.
2010 . . . . .	699	571	.	758	666	.

\*) Nach Abzug des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner/-innen und ab 1995 nach Abzug der Pflegeversicherungsbeiträge.

<sup>1)</sup> Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen  
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung  
 8.4.5 Laufende Renten der allgemeinen Rentenversicherung am 1.7.2010 nach Höhe und Art der Renten

Monatlicher Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... EUR	Ins-gesamt	Versichertenrenten								Renten wegen Todes			
		zu-sammen	Männer	Frauen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten wegen Alters					zu-sammen <sup>1)</sup>	darunter	
						zu-sammen	darunter			Witwen- und Witwerrenten		Waisenrenten	
							Regelaltersrenten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit	Altersrenten für Frauen				
1 000													
<b>Früheres Bundesgebiet</b>													
unter 50 ..	377	202	113	89	6	196	159	1	18	175	158	17	
50 – 251 ..	3 871	2 877	610	2 267	61	2 815	2 588	10	136	995	712	282	
251 – 501 ..	3 631	2 718	627	2 091	183	2 535	1 724	67	553	913	904	9	
501 – 752 ..	4 101	2 737	771	1 966	397	2 339	941	179	913	1 364	1 361	–	
752 – 1 002 ..	2 982	2 239	1 058	1 181	337	1 902	630	283	567	742	739	–	
1 002 – 1 253 ..	1 973	1 865	1 449	417	121	1 745	487	441	215	108	107	–	
1 253 und mehr ..	2 103	2 097	1 915	182	30	2 067	532	624	99	6	6	–	
<b>Insgesamt ...</b>	<b>19 038</b>	<b>14 735</b>	<b>6 544</b>	<b>8 192</b>	<b>1 137</b>	<b>13 598</b>	<b>7 061</b>	<b>1 606</b>	<b>2 502</b>	<b>4 303</b>	<b>3 988</b>	<b>308</b>	
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>													
unter 50 ..	31	4	2	2	–	4	3	–	1	27	26	1	
50 – 251 ..	218	86	20	66	26	60	53	1	4	132	94	37	
251 – 501 ..	652	343	39	305	43	300	183	9	98	309	307	2	
501 – 752 ..	1 750	1 312	226	1 085	185	1 127	392	88	559	438	437	–	
752 – 1 002 ..	1 209	1 087	518	569	100	987	284	254	306	122	121	–	
1 002 – 1 253 ..	585	574	414	160	13	561	164	214	92	11	11	–	
1 253 und mehr ..	344	344	291	53	1	343	161	100	28	–	–	–	
<b>Insgesamt ...</b>	<b>4 790</b>	<b>3 750</b>	<b>1 510</b>	<b>2 241</b>	<b>369</b>	<b>3 381</b>	<b>1 239</b>	<b>665</b>	<b>1 087</b>	<b>1 039</b>	<b>997</b>	<b>40</b>	

<sup>1)</sup> Einschl. Erziehungsrenten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.6 Laufende Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung am 1.7.2010 nach Höhe und Art der Renten

Monatlicher Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... EUR	Ins-gesamt <sup>1)</sup>	Versichertenrenten								Renten wegen Todes			
		zu-sammen	Männer	Frauen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		Renten wegen Alters			zu-sammen <sup>2)</sup>	darunter		
					zu-sammen	dar. Renten an Bergleute	zu-sammen	darunter			Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten	
								Regelaltersrenten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit				Altersrenten für Frauen
1 000													
<b>Früheres Bundesgebiet</b>													
unter 50 ..	6	3	2	–	–	–	2	2	–	–	4	3	–
50 – 251 ..	51	23	18	5	3	2	20	19	–	–	28	20	8
251 – 501 ..	68	30	20	9	5	2	25	21	1	2	39	38	1
501 – 752 ..	126	43	31	12	11	5	32	19	4	4	83	83	–
752 – 1 002 ..	148	54	43	11	8	1	46	21	10	4	94	94	–
1 002 – 1 253 ..	114	73	68	5	7	–	66	24	18	2	41	41	–
1 253 und mehr ..	214	199	195	4	8	–	191	76	48	1	15	15	–
<b>Insgesamt ...</b>	<b>726</b>	<b>424</b>	<b>377</b>	<b>47</b>	<b>41</b>	<b>11</b>	<b>382</b>	<b>182</b>	<b>81</b>	<b>13</b>	<b>302</b>	<b>293</b>	<b>9</b>
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>													
unter 50 ..	1	1	–	–	1	1	–	–	–	–	1	1	–
50 – 251 ..	15	6	3	3	3	3	2	2	–	–	10	7	2
251 – 501 ..	26	11	3	8	3	1	8	6	–	2	15	15	–
501 – 752 ..	88	41	12	28	6	–	34	15	5	11	47	47	–
752 – 1 002 ..	89	61	35	26	7	–	54	17	16	11	28	28	–
1 002 – 1 253 ..	57	52	43	9	2	–	50	15	20	4	5	5	–
1 253 und mehr ..	60	59	56	3	–	–	58	22	22	1	1	1	–
<b>Insgesamt ...</b>	<b>336</b>	<b>229</b>	<b>152</b>	<b>76</b>	<b>23</b>	<b>4</b>	<b>206</b>	<b>77</b>	<b>64</b>	<b>29</b>	<b>107</b>	<b>104</b>	<b>3</b>

<sup>1)</sup> Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

<sup>2)</sup> Einschl. Erziehungsrenten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen  
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung  
 8.4.7 Rentenanpassung in der allgemeinen Rentenversicherung

Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten
	%		%		%		%
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
1.1.1959	6,1	1.1.1965	9,4	1.1.1971	5,5	1.7.1976	11,0
1.1.1960	5,94	1.1.1966	8,3	1.1.1972	6,3	1.7.1977	9,9
1.1.1961	5,4	1.1.1967	8,0	1.7.1972	9,5	1.1.1979	4,5
1.1.1962	5,0	1.1.1968	8,1	1.7.1973	11,35	1.1.1980	4,0
1.1.1963	6,6	1.1.1969	8,3	1.7.1974	11,2	1.1.1981	4,0
1.1.1964	8,2	1.1.1970	6,35	1.7.1975	11,1	1.1.1982	5,76

Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten <sup>1)</sup>	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten <sup>1)</sup>	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten <sup>1)</sup>	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten <sup>1)</sup>
	%		%		%		%
<b>Früheres Bundesgebiet</b>				<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>			
1.7.1983	5,59	1.7.1998	0,44	1.1.1991	15,0	1.7.2000	0,6
1.7.1984	3,4	1.7.1999	1,34	1.7.1991	15,0	1.7.2001	2,11
1.7.1985	3,0	1.7.2000	0,6	1.1.1992	11,65	1.7.2002	2,89
1.7.1986	2,9	1.7.2001	1,91	1.7.1992	12,73	1.7.2003	1,19
1.7.1987	3,8	1.7.2002	2,16	1.1.1993	6,1	1.7.2004 <sup>2)</sup>	-
1.7.1988	3,0	1.7.2003	1,04	1.7.1993	14,12	1.7.2005 <sup>2)</sup>	-
1.7.1989	3,0	1.7.2004 <sup>2)</sup>	-	1.1.1994	3,64	1.7.2006 <sup>2)</sup>	-
1.7.1990	3,1	1.7.2005 <sup>2)</sup>	-	1.7.1994	3,45	1.7.2007	0,54
1.7.1991	4,7	1.7.2006 <sup>2)</sup>	-	1.1.1995	2,78	1.7.2008	1,1
1.7.1992	2,87	1.7.2007	0,54	1.7.1995	2,48	1.7.2009	3,38
1.7.1993	4,36	1.7.2008	1,1	1.1.1996	4,38	1.7.2010 <sup>2)</sup>	-
1.7.1994	3,39	1.7.2009	2,41	1.7.1996	1,21	1.7.2011	0,99
1.7.1995	0,5	1.7.2010 <sup>2)</sup>	-	1.7.1997	5,53		
1.7.1996	0,95	1.7.2011	0,99	1.7.1998	0,89		
1.7.1997	1,65			1.7.1999	2,79		

<sup>1)</sup> Vor Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge der Rentner/-innen.  
<sup>2)</sup> Keine Rentenanpassung.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.8 Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt und aktueller Rentenwert in der allgemeinen Rentenversicherung

Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt	Aktueller Rentenwert <sup>1)</sup>	Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt <sup>2)</sup>	Aktueller Rentenwert <sup>1)</sup>	Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt <sup>2)</sup>	Aktueller Rentenwert <sup>1)</sup>
	EUR			EUR			EUR	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>			<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>					
1991	22 712	21,19	1991	.	10,79	2007	.	23,09
1992	23 939	21,80	1992	.	12,05 <sup>3)</sup>	2008	.	23,34
1993	24 633	22,75	1992	.	13,59	2009	.	24,13
1994	25 126	23,52	1993	.	14,41 <sup>3)</sup>	2010	.	24,13
1995	25 905	23,64	1993	.	16,45	2011	.	24,37
1996	26 423	23,86	1994	.	17,05 <sup>3)</sup>			
1997	26 660	24,26	1994	.	17,63			
1998	27 060	24,36	1995	.	18,13 <sup>3)</sup>			
1999	27 358	24,69	1995	.	18,58			
2000	27 741	24,84	1996	.	19,39 <sup>3)</sup>			
2001	28 231	25,31	1996	.	19,62			
		25,31406 <sup>3)</sup>	1997	.	20,71			
2002	28 626	25,86	1998	.	20,90			
2003	28 938	26,13	1999	.	21,48			
2004	29 060	26,13	2000	.	21,61			
2005	29 202	26,13	2001	.	22,06			
2006	29 494	26,13	2001	.	22,06224 <sup>3)</sup>			
2007	29 951	26,27	2002	.	22,70			
2008	30 625	26,56	2003	.	22,97			
2009	30 506	27,20	2004	.	22,97			
2010	32 003 <sup>4)</sup>	27,20	2005	.	22,97			
2011	30 268 <sup>4)</sup>	27,47	2006	.	22,97			

<sup>1)</sup> Jeweils 1.7.  
<sup>2)</sup> Das bei dem früheren Bundesgebiet ausgewiesene Durchschnittsentgelt gilt auch für die neuen Länder und Berlin-Ost.  
<sup>3)</sup> Originalwert gemäß Artikel 7 Nr. 15 des 4. Euro-Einführungsgesetzes vom 21.12.2000 (BGBl I, S. 1 983).

<sup>4)</sup> Vorläufiges Durchschnittsentgelt i. S. des § 69 Abs. 2 Nr. 2 SGB VI.  
<sup>5)</sup> Jeweils 1.1.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn  
 Umrechnungen in Euro bis 2000 durch das Statistische Bundesamt, Wiesbaden

8 Sozialeleistungen  
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung  
 8.4.9 Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 2009

Versicherungs- zweig	Einnahmen					Ausgaben							Ver- mögen <sup>3)</sup>
	ins- gesamt	Beiträge	Zahlungen aus öffentlichen Mitteln	Ver- mögens- erträge	sonstige Ein- nahmen <sup>1)</sup>	ins- gesamt	Verwal- tungs- und Verfahrens- kosten	Aufwen- dungen für Leistungen	davon			sonstige Aus- gaben <sup>1)</sup>	
									ausge- zahlte Renten <sup>2)</sup>	Leistungen zur Teilhabe	Aufwen- dungen für die Kranken- und Pflegever- sicherung der Rentner		
Mill. EUR													
<b>Insgesamt</b> . . . . .	<b>265 641</b>	<b>181 572</b>	<b>68 831</b>	<b>194</b>	<b>15 044</b>	<b>258 802</b>	<b>3 608</b>	<b>246 285</b>	<b>225 521</b>	<b>5 390</b>	<b>15 375</b>	<b>8 909</b>	<b>21 938</b>
davon:													
Allgemeine Rentenversicherung . .	250 765	180 649	62 780	189	7 147	243 925	3 490	232 006	212 318	5 257	14 431	8 428	21 332
Knappschaftl. Rentenversicherung .	14 876	923	6 051	6	7 897	14 877	117	14 279	13 203	133	943	481	606

<sup>1)</sup> Einschl. Zahlungen im Finanzverbund mit den anderen Rentenversicherungszweigen.

<sup>2)</sup> Rentenleistungen an Versicherte, Witwen/Witwer (einschl. Witwen-/Witwerabfindungen sowie Zusatzleistungen) und Waisen.

<sup>3)</sup> Bar- und Anlagevermögen am Jahresende (von Doppelzahlungen bereinigt).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.5 Zusatzversicherungen \*)

Jahr	Ver- sicherte	Rentenbestand		Einnahmen			Ausgaben						Ver- mögen <sup>1)</sup>
		Ver- sicherten- renten	Hinter- bliebenen- renten	ins- gesamt	darunter		ins- gesamt	Verwal- tungs- kosten	Aufwen- dungen für Lei- stungen	darunter		Sonstige Aus- gaben	
					Umlagen und Beiträge	Ver- mögens- erträge				Ver- sicherten- renten	Hinter- bliebenen- renten		
		Anzahl		Mill. EUR									
<b>Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder</b>													
2008 . . . . .	1 796 228	918 779	211 682	5 321	4 689	588	5 141	74	4 332	3 805	513	735	13 462
2009 . . . . .	1 828 077	937 749	212 793	5 725	4 917	787	5 155	81	4 408	3 871	525	666	14 379
2010 <sup>2)</sup> . . . . .	1 829 109	956 045	213 994	6 083	5 147	894	5 489	87	4 486	3 935	539	916	15 547
<b>Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Renten-Zusatzversicherung)</b>													
2008 . . . . .	48 013	78 490	50 377	623	130	2	619	11	605	427	178	3	84
2009 . . . . .	48 102	77 058	48 877	611	130	2	606	11	592	416	176	3	91
2010 . . . . .	47 477	75 321	48 506	595	128	2	589	10	576	404	172	3	98
<b>Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost</b>													
2008 . . . . .	445 752	8 976	5 269	20	0	17	60	-	51	37	14	9	331
2009 . . . . .	442 010	9 077	4 328	16	0	12	46	-	45	32	12	1	298
2010 . . . . .	437 261	8 664	3 860	8	0	5	42	-	40	27	11	2	265

\*) Ohne Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen, Versorgungsanstalt Deutscher Kulturorchester, Versorgungsanstalt Deutscher Bühnen sowie ohne kommunale Zusatzversicherungseinrichtungen.

<sup>1)</sup> Bestand am Jahresende.

<sup>2)</sup> Vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe; Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Frankfurt am Main; Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost, Stuttgart

8.6 Alterssicherung der Landwirte

Jahr	Versicherte am Jahresende			Rentenempfänger/-innen am Jahresende				Einnahmen <sup>2)</sup>			Ausgaben <sup>2)</sup>					
	ins- gesamt	darunter		ins- gesamt	darunter			ins- gesamt	darunter		ins- gesamt	darunter				
		Landwirte im Sinne des § 1 Abs. 2 ALG <sup>1)</sup>	Landwirte im Sinne des § 1 Abs. 3 ALG <sup>1)</sup>		Regel- alters- renten	Renten wegen verminderter Erwerbs- fähigkeit	Renten an Witwen und Witwer		Bei- träge	Bundes- mittel		Regel- alters- renten	Renten wegen verminderter Erwerbs- fähigkeit	Renten an Witwen und Witwer	Beitrags- zuschüsse, -über- nahmen	Verwal- tungs- u. Ver- fahrens- kosten
		Anzahl		Mill. EUR												
2008 . . . . .	272 287	176 824	83 538	627 294	326 682	64 876	191 118	2 977	683	2 273	2 966	1 584	319	740	81	79
2009 . . . . .	264 709	172 980	80 272	624 145	325 579	61 595	189 364	2 963	677	2 267	2 942	1 575	303	741	69	80
2010 . . . . .	257 281	169 308	76 946	618 063	321 627	59 281	187 248	2 919	642	2 260	2 901	1 552	291	736	60	78

<sup>1)</sup> Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte.

<sup>2)</sup> 2010 vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Soziale Leistungen  
**8.7 Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung**  
**8.7.1 Pflegebedürftige 2009 \*)**

Gegenstand der Nachweisung	Pflegebedürftige		Pflegestufe			Bisher ohne Zuordnung	Anteil an Pflegebedürftigen insgesamt
	insgesamt	dar. weiblich	I	II	III <sup>1)</sup>		
	Anzahl	%	Anzahl			%	
Pflegebedürftige zu Hause versorgt . . . . .	1 620 762	63,4	983 399	491 102	146 261	–	69,3
davon:							
allein durch Angehörige <sup>2)</sup> . . . . .	1 065 564	61,0	680 671	303 111	81 782	–	45,6
zusammen mit/durch ambulante Pflegedienste . . . . .	555 198	68,2	302 728	187 991	64 479	–	23,7
Pflegebedürftige vollstationär in Heimen . . . . .	717 490 <sup>3)</sup>	75,0	264 165	295 916	146 835	10 574	30,7
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>2 338 252</b>	<b>67,0</b>	<b>1 247 564</b>	<b>787 018</b>	<b>293 096</b>	<b>10 574</b>	<b>100</b>

\*) Stand zum Jahresende.

<sup>1)</sup> Einschl. Härtefälle.

<sup>2)</sup> Entspricht den Empfängern/-innen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Empfänger/

-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

<sup>3)</sup> Davon erhalten 699 672 vollstationäre Dauerpflege.

**8.7.2 Pflegebedürftige 2009 nach dem Alter \*)**

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Pflegebedürftige				Anteil an jeweiliger Bevölkerungsgruppe (Pflegequote)		
	davon		insgesamt	dar. weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	zu Hause versorgt	vollstationär in Heimen					
Anzahl				%			
unter 15 . . . . .	66 116	358	66 474	30 885	0,6	0,6	0,6
15 – 60 . . . . .	222 169	34 167	256 336	124 828	0,5	0,5	0,5
60 – 65 . . . . .	55 464	15 906	71 370	34 909	1,7	1,7	1,6
65 – 70 . . . . .	98 605	31 082	129 687	64 240	2,7	2,8	2,5
70 – 75 . . . . .	168 615	56 187	224 803	122 603	4,7	4,7	4,8
75 – 80 . . . . .	224 368	82 554	306 923	190 444	9,9	8,8	10,7
80 – 85 . . . . .	313 491	146 638	460 129	327 628	19,9	15,7	22,3
85 – 90 . . . . .	309 027	200 356	509 383	407 388	38,0	28,3	41,6
90 und mehr . . . . .	162 906	150 243	313 149	263 558	59,1	36,8	66,7
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>1 620 762</b>	<b>717 490</b>	<b>2 338 252</b>	<b>1 566 482</b>	<b>2,9</b>	<b>1,9</b>	<b>3,8</b>

\*) Stand zum Jahresende.

**8.7.3 Zugelassene Pflegeheime**

Jahr (Stichtag 15.12.)	Pflegeheime		Davon nach dem Träger des Heims			Verfügbare Plätze		Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauerpflege				Personal insgesamt
	insgesamt	dar. Heime mit vollstationärer Dauerpflege <sup>1)</sup>	private	freigemeinnützige	öffentliche	insgesamt	dar. Plätze für vollstationäre Dauerpflege	Pflegesatz der Pflegeklasse			Unterkunft und Verpflegung	
								I	II	III		
Anzahl								EUR pro Person und Tag				Anzahl
1999 . . . . .	8 859	8 073	3 092	5 017	750	645 456	621 502	38	50	65	18	440 940
2001 . . . . .	9 165	8 331	3 286	5 130	749	674 292	648 543	39	52	66	19	475 368
2003 . . . . .	9 743	8 775	3 610	5 405	728	713 195	683 941	41	55	69	19	510 857
2005 . . . . .	10 424	9 414	3 974	5 748	702	757 186	726 448	42	56	70	19	546 397
2007 . . . . .	11 029	9 919	4 322	6 072	635	799 059	765 736	43	57	71	20	573 545
2009 <sup>2)</sup> . . . . .	11 634	10 384	4 637	6 373	624	845 007	808 213	44,79	58,96	73,97	20,30	621 392

<sup>1)</sup> Das Angebot der anderen Heime setzt sich aus Kurzzeit-, Tages- und/oder Nachtpflege zusammen.

<sup>2)</sup> Seit der Erhebung 2009 wird die Vergütung in vollen Cent erfasst und nicht mehr wie zuvor, in gerundeten Euro-Beträgen.

**8.7.4 Zugelassene ambulante Pflegedienste**

Jahr (Stichtag 15.12.)	Pflegedienste insgesamt	Davon nach dem Träger des Dienstes			Darunter Pflegedienste, die auch andere Sozialleistungen anbieten	Und zwar <sup>1)</sup>			Personal insgesamt
		private	freigemeinnützige	öffentliche		häusliche Krankenpflege o. Haushaltshilfe (SGB V)	Hilfe zur Pflege (SGB XII)	sonstige ambulante Hilfeleistungen	
1999 . . . . .	10 820	5 504	5 103	213	10 633	10 389	6 979	5 350	183 782
2001 . . . . .	10 594	5 493	4 897	204	10 463	10 247	7 281	5 272	189 567
2003 . . . . .	10 619	5 849	4 587	183	10 501	10 284	7 487	5 219	200 897
2005 . . . . .	10 977	6 327	4 457	193	10 866	10 650	5 841	4 726	214 307
2007 . . . . .	11 529	6 903	4 435	191	11 431	11 204	6 946	5 140	236 162
2009 . . . . .	12 026	7 398	4 433	195	11 950	11 694	7 311	5 396	268 891

<sup>1)</sup> Mehrfachnennungen möglich.

8 Sozialeleistungen  
 8.7 Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung  
 8.7.5 Personal in Pflegeheimen 2009 \*)

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenen Tätigkeitsbereich im Pflegeheim						
	insgesamt	dar. weiblich in %	Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	zusätzliche Betreuung (§ 87b SGB XI)	Hauswirtschafts-bereich	haustechnischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in	141 306	83,9	135 833	1 777	596	261	38	2 466	335
staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	27 926	88,3	26 756	343	451	222	17	61	77
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	59 054	90,0	54 522	859	378	484	28	2 544	239
Krankenpflegehelfer/-in	18 486	89,7	17 856	230	208	130	8	35	19
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in	4 013	95,8	3 623	97	37	52	4	179	21
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2 739	81,7	2 071	462	120	21	5	47	13
Heilerziehungspflegerhelfer/-in	640	80,2	466	95	41	11	17	5	5
Heilpädagogin, Heilpädagoge	332	85,1	97	171	15	2	0	37	9
Ergotherapeut/-in	7 464	90,1	1 427	4 865	886	30	8	37	210
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	1 059	82,2	474	311	65	26	4	19	160
sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 767	87,7	2 091	538	375	216	72	403	73
sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	7 039	79,8	990	4 274	377	68	14	1 214	101
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 400	95,4	1 157	106	55	60	0	17	5
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	148	93,9	78	20	7	25	0	18	0
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	2 639	70,3	1 002	211	20	19	5	1 300	82
sonstiger pflegerischer Beruf	37 606	91,5	33 569	780	2 447	626	29	96	60
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	2 566	91,6	368	45	35	2 035	18	43	20
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	29 684	87,7	3 029	301	244	24 943	472	446	250
sonstiger Berufsabschluss	157 039	81,2	55 472	6 884	8 326	45 710	12 860	22 925	4 862
ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	116 483	82,1	72 248	3 209	1 665	32 943	2 631	1 834	1 954
<b>Insgesamt</b>	<b>621 392</b>	<b>84,6</b>	<b>413 128</b>	<b>25 577</b>	<b>16 350</b>	<b>107 884</b>	<b>16 231</b>	<b>33 726</b>	<b>8 494</b>

\*) Stichtag 15.12.2009.

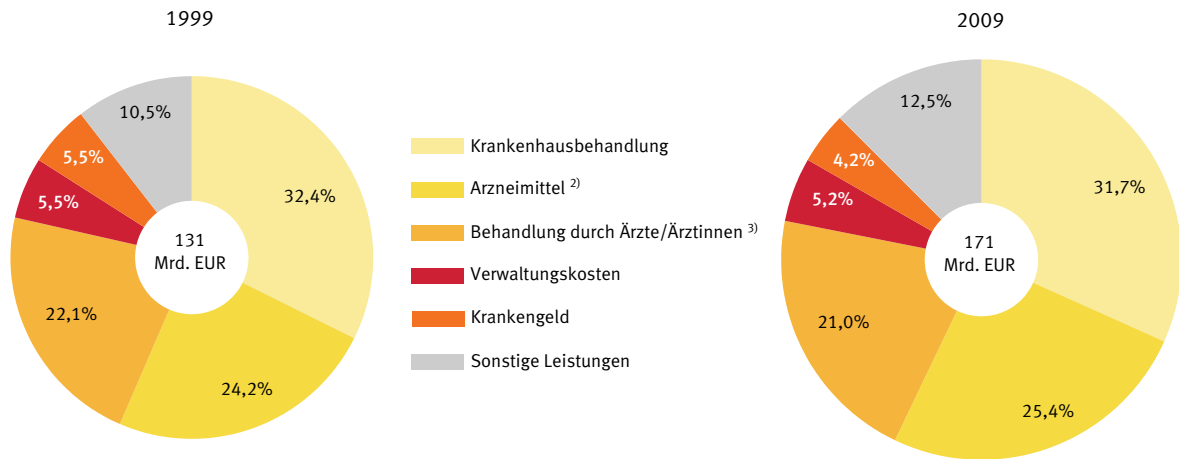
8.7.6 Personal in Pflegediensten 2009 \*)

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenen Tätigkeitsbereich im Pflegedienst				
	insgesamt	dar. weiblich in %	Pflegedienstleitung	Grundpflege	Hauswirtschaftliche Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
Staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in	52 889	86,4	3 508	46 687	435	842	1 418
staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	8 555	90,0	127	7 648	555	57	168
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	82 055	88,5	10 462	65 363	713	2 157	3 359
Krankenpflegehelfer/-in	11 704	90,4	49	10 304	1 057	110	183
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in	7 737	97,6	861	6 018	89	186	583
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	1 127	82,0	21	893	86	18	108
Heilerziehungspflegerhelfer/-in	257	75,2	2	187	33	4	30
Heilpädagogin, Heilpädagoge	78	84,4	3	44	6	7	18
Ergotherapeut/-in	470	88,1	3	264	30	14	158
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	209	83,6	5	127	26	17	33
sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 464	92,7	23	2 428	442	382	188
sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	1 553	80,3	31	546	134	377	464
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 565	97,8	4	1 097	367	16	81
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	138	97,8	5	55	65	8	5
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	1 067	73,2	397	270	46	270	84
sonstiger pflegerischer Beruf	21 643	92,0	58	17 002	3 813	211	560
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	1 083	97,8	3	322	720	14	23
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	6 608	95,5	8	1 730	4 412	219	239
sonstiger Berufsabschluss	48 668	85,5	120	17 169	17 999	7 820	5 559
ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	18 022	74,9	4	9 556	5 572	429	2 460
<b>Insgesamt</b>	<b>268 891</b>	<b>87,5</b>	<b>15 695</b>	<b>187 710</b>	<b>36 602</b>	<b>13 161</b>	<b>15 723</b>

\*) Stichtag 15.12.2009.

## 8 Sozialleistungen

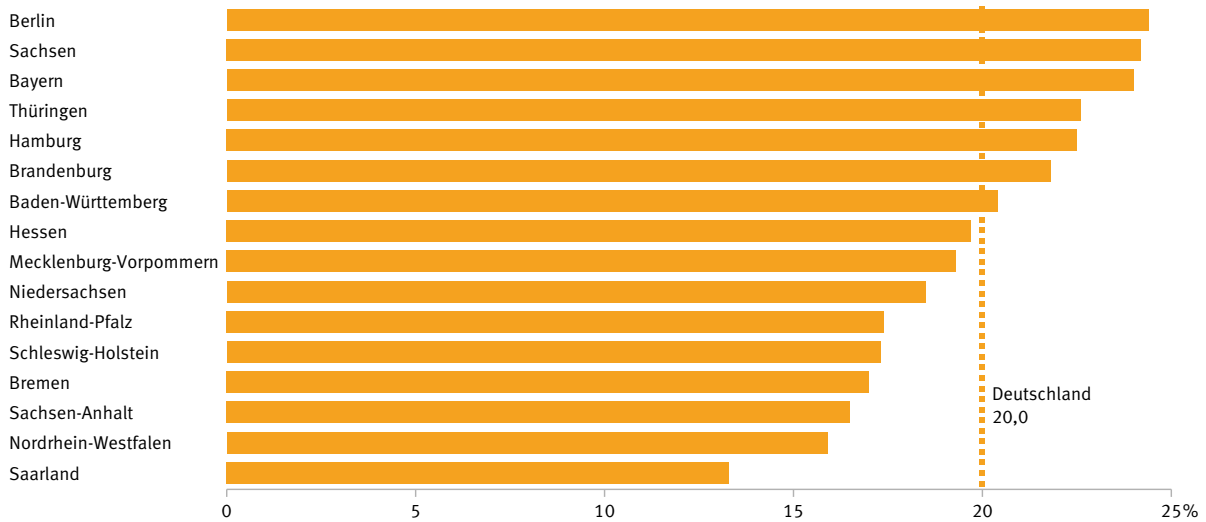
### Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung <sup>1)</sup>



1) Ohne Ausgaben des Risikostrukturausgleichs. – 2) Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz. – 3) Einschl. Zahnärzten/Zahnärztinnen.

### Elterngeld 2010

#### Anteil der Väter, die Elterngeld bezogen haben <sup>1)</sup>



1) Für im Jahr 2010 gemeldete beendete Leistungsbezüge.

2011 - 01 - 0354

8 Soziale Leistungen  
8.8 Soziale Pflegeversicherung \*)

Jahr	Ver-sicherte am 1.10.	Leistungsempfänger/-innen am Jahresende						Einnahmen		Ausgaben						Verwal-tungs- u. sonstige Ausgaben
		ins-gesamt	Pflegestufe			ambu-lant <sup>1)</sup> 2)	voll-stationär	ins-gesamt	dar. Beitrags-ein-nahmen	ins-gesamt	Leistungsausgaben					
			I	II	III (einschl. Härtefälle)						zu-sammen	Pflege-geld	Pflege-sach-leistung	voll-stationäre Pflege <sup>3)</sup>	übrige Leistungs-ausgaben	
		1 000						Mill. EUR								
2008 . . . . .	70 241	2 113	1 137	713	264	1 433	681	19 785	19 608	19 163	18 219	4 225	2 605	9 054	2 335	944
2009 . . . . .	70 026	2 235	1 215	744	277	1 538	698	21 314	21 189	20 327	19 328	4 467	2 754	9 287	2 820	999
2010 . . . . .	69 793	2 288	1 259	751	278	1 578	710	21 784	21 641	21 448	20 429	4 672	2 907	9 555	3 295	1 020

\*) Ohne private Pflegeversicherung. <sup>2)</sup> Einschl. teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege.  
<sup>1)</sup> Anstieg, 2008 und 2009 infolge verbesserter Erfassung überzeichnet. <sup>3)</sup> Ohne vollstationäre Pflege in Behindertenheimen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.9 Arbeitsförderung und Grundsicherung für Arbeitsuchende

8.9.1 Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen

Jahresdurchschnitt	Arbeitsförderung nach SGB III									Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II <sup>2)</sup>					
	Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup>			Arbeitslosengeld bei Weiterbildung <sup>1)</sup>			Kurzarbeitergeld <sup>2)</sup>			Erwerbsfähige Leistungsberechtigte <sup>4)</sup>			Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte <sup>4)</sup>		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
1 000															
<b>Deutschland</b>															
2008 . . . . .	917	494	422	52	27	25	102	84	17	5 011	2 435	2 577	1 898	974	924
2009 . . . . .	1 141	681	460	74	43	31	1 144	901	244	4 909	2 403	2 506	1 818	932	886
2010 . . . . .	1 024	590	434	61	36	25	503	398	105	4 894	2 410	2 484	1 819	932	887
<b>Früheres Bundesgebiet<sup>3)</sup></b>															
2008 . . . . .	647	346	302	38	20	18	80	67	13	3 241	1 543	1 699	1 353	694	659
2009 . . . . .	843	502	341	54	32	23	988	780	208	3 225	1 549	1 676	1 301	667	634
2010 . . . . .	761	436	325	45	27	18	412	326	86	3 266	1 580	1 685	1 308	670	638
<b>Neue Länder</b>															
2008 . . . . .	269	149	121	14	7	6	22	18	4	1 770	892	878	545	280	265
2009 . . . . .	298	179	119	20	12	8	151	116	35	1 684	854	830	517	265	252
2010 . . . . .	262	153	109	16	9	8	90	71	19	1 628	830	799	510	262	249

<sup>1)</sup> Die Deutschlandwerte beinhalten auch die Anzahl jener Leistungsempfänger, die Arbeitslosengeld im Ausland beziehen. <sup>2)</sup> Durch Neuaufbau der Datenbank zur Grundsicherungsstatistik (rückwirkend ab Januar 2007) können die Daten geringfügig von bereits publizierten Ergebnissen abweichen.  
<sup>3)</sup> Die Angaben zur realisierten Kurzarbeit wurden rückwirkend ab 2009 nach neuer Methodik erhoben; die Zahlen für das Jahr 2009 wurden revidiert. Die Deutschlandwerte beinhalten auch einige wenige Fälle, die datentechnisch nicht regionalisierbar sind. <sup>4)</sup> Die für das Bundesgebiet zugrunde liegenden Monatswerte sind teilweise hochgerechnet.  
<sup>5)</sup> Ohne Angaben für Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8.9.2 Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit

Jahr	Einnahmen		Ausgaben										Mittel des Bundes				
	ins-gesamt	dar. Beiträge	ins-gesamt	Leistungen der aktiven Arbeitsförderung			Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers <sup>1)</sup>			sonstige Ausgaben zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesagentur einschl. Verwaltungsaufwendungen				Einnahmen	Ausgaben für Leistungen nach . . .		
				zu-sammen	zur Förderung der Teil-habe (schwer-)behin-derter Men-schen <sup>2)</sup>	Leistungen bei konjunk-tureller Kurzarbeit	Einglie-derungs-titel	zu-sammen	Arbeits-losen-geld <sup>3)</sup>	Insolvenz-geld	zu-sammen	Einzugs-stellenver-gütung	Verwaltungs-ausgaben für . . .		SGB III insgesamt	SGB II, Arbeits-losengeld II und Sozialgeld	
Mill. EUR																	
2008 . . . . .	38 289	26 452	39 407 <sup>6)</sup>	10 741	2 419	111	2 889	19 692	13 864	654	6 474	482	4 013	1 979	4	7 888	18 897
2009 . . . . .	34 254	22 046	48 057	16 812	2 517	4 574	3 631	23 946	17 291	1 617	7 300	465	4 932	1 902	22	7 783	19 540
2010 . . . . .	37 070	22 614	45 213	14 982	2 532	3 060	2 887	22 796	16 602	740	7 436	483	4 839	2 113	17	7 934	19 456

<sup>1)</sup> Einschl. Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag. <sup>2)</sup> Am Arbeitsleben. <sup>3)</sup> Bei Arbeitslosigkeit/Erstattungen an ausländische Versicherungsträger. <sup>4)</sup> Ab 2009 einschl. Dienstleistungen für SGB II. <sup>5)</sup> Ab 2009 Ausgaben für Personal und überörtliche Aufgaben SGB II. <sup>6)</sup> Einschl. 2,5 Mrd. Euro (Einmaleffekt durch die Zuführung zum Versorgungsfonds, aus dem die künftigen Beamtenpensionen bezahlt werden sollen).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8 Sozialeleistungen  
8.10 Kindergeld \*)

Jahr	Berechtigte <sup>1)</sup>			Kinder, für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde <sup>1)</sup>						Aus- gezahlte Beträge
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt <sup>2)</sup>	davon waren					
					1.	2.	3.	4.	5. und weitere	
					Kinder					
1 000									Mill. EUR	
2009 . . . . .	8 866	7 794	1 072	14 603	8 824	4 288	1 106	270	115	31 743
2010 . . . . .	8 820	7 744	1 076	14 508	8 775	4 254	1 099	267	113	33 534

\*) Ohne Angaben für Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv.  
1) Stand: Dezember.

2) In den Summen können sich Abweichungen durch Rundungen ergeben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8.11 Elterngeld für im Jahr 2010 gemeldete beendete Leistungsbezüge

Land	Beendete Leistungs- bezüge <sup>1)</sup>	Davon (Sp.1)			Und zwar (Sp.1) Grundlage der Berechnung des zustehenden Monatsbetrags (§ 2 BEEG) <sup>2)</sup>				Davon (Sp. 1) Bezugsdauer des Elterngeldes		
		von Vätern		von Müttern	Ersatz von Erwerbs- einkommen (Abs. 1)	Gering- verdienst- zuschlag (Abs. 2)	Reduzierung des Einkommens (Abs. 3)	Mindest- betrag (Abs. 5)	bis zu 6 Monaten	7 bis 12 Monate	13 bis 14 Monate
		zusammen	Anteil in %								
Baden-Württemberg . . . . .	107 746	21 937	20,4	85 809	48 693	23 392	5 395	40 094	21 749	84 274	1 723
Bayern . . . . .	130 994	31 417	24,0	99 577	64 933	27 929	6 102	42 939	31 038	97 202	2 754
Berlin . . . . .	39 430	9 632	24,4	29 798	16 151	7 594	728	16 789	9 445	29 239	746
Brandenburg . . . . .	22 704	4 945	21,8	17 759	9 582	5 850	873	7 954	4 858	17 297	549
Bremen . . . . .	6 220	1 060	17,0	5 160	2 071	1 281	244	3 164	959	5 163	98
Hamburg . . . . .	20 613	4 635	22,5	15 978	10 116	3 719	845	7 471	4 564	15 650	399
Hessen . . . . .	60 465	11 887	19,7	48 578	26 405	12 002	2 213	24 145	11 685	47 863	917
Mecklenburg-Vorpommern . . . . .	15 554	3 006	19,3	12 548	5 448	4 311	427	6 248	2 946	12 174	434
Niedersachsen . . . . .	72 875	13 512	18,5	59 363	27 657	16 725	2 518	31 183	13 004	58 606	1 265
Nordrhein-Westfalen . . . . .	164 262	26 138	15,9	138 124	60 365	30 618	4 744	78 047	24 645	137 015	2 602
Rheinland-Pfalz . . . . .	35 045	6 105	17,4	28 940	13 679	7 658	1 214	14 988	6 165	28 300	580
Saarland . . . . .	7 743	1 033	13,3	6 710	2 724	1 685	195	3 480	972	6 649	122
Sachsen . . . . .	43 593	10 571	24,2	33 022	17 212	12 789	1 737	15 364	10 361	32 110	1 122
Sachsen-Anhalt . . . . .	19 097	3 157	16,5	15 940	6 470	5 177	453	8 099	2 940	15 705	452
Schleswig-Holstein . . . . .	25 277	4 362	17,3	20 915	10 264	6 767	911	9 902	4 136	20 678	463
Thüringen . . . . .	21 174	4 783	22,6	16 391	8 279	6 341	523	7 504	4 698	15 829	647
<b>Deutschland . . . . .</b>	<b>792 792</b>	<b>158 180</b>	<b>20,0</b>	<b>634 612</b>	<b>330 049</b>	<b>173 838</b>	<b>29 122</b>	<b>317 371</b>	<b>154 165</b>	<b>623 754</b>	<b>14 873</b>
Nachrichtlich:											
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	631 240	122 086	19,3	509 154	266 907	131 776	24 381	255 413	118 917	501 400	10 923
Neue Länder ohne Berlin . . . . .	122 122	26 462	21,7	95 660	46 991	34 468	4 013	45 169	25 803	93 115	3 204

1) Januar 2010 bis Dezember 2010.

2) Mehrfachnennungen möglich. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

8 Sozialeleistungen  
 8.12 Kriegsofferversorgung  
 8.12.1 Anerkannte Versorgungsberechtigte

Stichtag 1.1.	Insgesamt <sup>1)</sup>	Beschädigte			Witwen und Witwer	Halbwaisen	Vollwaisen	Elternteile	Elternpaare <sup>4)</sup>
		zusammen	Leichtbeschädigte <sup>2)</sup>	Schwerbeschädigte <sup>3)</sup>					
									1 000
2009 .....	378	181	102	80	186	4	6	0	0
2010 .....	343	169	98	71	163	4	6	0	0
2011 .....	300	147	84	63	143	4	6	0	0

<sup>1)</sup> Personen mit Anspruch auf laufende Versorgungsbezüge (Renten, Beihilfen, Härteausgleich), einschl. der Fälle, in denen das Recht auf Versorgung ganz oder teilweise ruht.  
<sup>2)</sup> Beschädigte mit einem Grad der Behinderung bis unter 50.

<sup>3)</sup> Beschädigte mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr.  
<sup>4)</sup> Zahl der Personen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.12.2 Ausgaben

Jahr	Ausgaben insgesamt <sup>1)</sup>	Verwaltung	Leistungen für Versorgungsberechtigte							nach anderen Gesetzen <sup>2)</sup>
			zusammen	nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)						
				Renten an				Heilbehandlung	sonstiges	
				Beschädigte	Witwen und Witwer	Waisen	Eltern			
										Mill. EUR
2008 .....	2 145	115	2 030	896	668	21	0	254	36	155
2009 .....	1 942	104	1 838	799	594	20	0	237	34	152
2010 <sup>3)</sup> .....	1 779	95	1 684	695	545	20	0	237	34	151

<sup>1)</sup> Ohne Kriegsofferversorge.

<sup>2)</sup> Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz, Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer und Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.

<sup>3)</sup> Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.13 Kriegsofferversorge <sup>\*</sup>)

Jahr	Hilfeart nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
	insgesamt	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Altenhilfe	Erziehungshilfe	ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Erholungshilfe	Wohnungshilfe	Hilfen in besonderen Lebenslagen
	Empfänger und Empfängerinnen laufender Leistungen am Jahresende <sup>1)</sup>										
2004 .....	76 055	1 351	–	24 704	2 122	4 879	235	9 759	–	–	33 005
2006 .....	59 849	347	–	20 532	1 289	4 557	180	6 202	–	–	26 742
2008 .....	46 256	966	–	17 867	970	2 078	76	3 976	–	–	20 323
	Empfänger und Empfängerinnen einmaliger Leistungen im Laufe des Jahres <sup>1)</sup>										
2004 .....	68 743	258	1 426	1 522	347	35 452	122	12 181	13 698	622	3 115
2006 .....	40 694	170	1 151	3 015	407	20 080	49	2 999	8 856	534	3 433
2008 .....	27 563	215	850	1 984	354	13 586	68	1 610	6 300	461	2 135
	Ausgaben in 1 000 EUR <sup>2)</sup>										
2004 .....	588 102	6 333	421	348 654	3 795	6 682	531	28 073	14 696	2 068	176 848
2006 .....	530 736	4 408	314	295 057	2 876	5 638	672	27 819	9 950	1 727	182 276
2008 .....	472 010	6 039	272	279 561	2 467	4 129	366	19 871	7 828	1 575	149 902

<sup>\*</sup>) Leistungen für Berechtigte im In- und Ausland.

<sup>1)</sup> Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

<sup>2)</sup> Den Ausgaben stehen 2004 Einnahmen in Höhe von 178 Mill. Euro, 2006 von 175 Mill. Euro und 2008 von 144 Mill. Euro gegenüber.

8 Sozialeleistungen  
 8.14 Sozialhilfe  
 8.14.1 Empfänger und Empfängerinnen von Hilfe zum Lebensunterhalt

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren	Empfänger/Empfängerinnen			Deutsche			Nichtdeutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
<b>Insgesamt</b>									
<b>1 000</b>									
2007	312	156	156	295	147	148	17	9	8
2008	325	165	160	307	155	152	18	9	8
2009	314	164	150	295	154	141	19	10	9
<b>außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2009</b>									
<b>1 000</b>									
unter 15	16	8	8	14	7	7	2	1	1
15 – 65	74	40	34	65	35	30	9	5	5
65 und mehr	2	1	1	2	1	1	0	0	0
Zusammen	93	49	44	81	43	38	12	6	6
<b>in Einrichtungen am 31.12.2009</b>									
<b>1 000</b>									
unter 15	5	4	2	5	3	2	0	0	0
15 – 65	145	88	57	141	85	56	5	3	2
65 und mehr	70	23	47	68	22	46	2	1	1
Zusammen	221	115	106	214	111	103	7	4	3

8.14.2 Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren Ort der Hilfestellung	Empfänger/Empfängerinnen			Deutsche			Nichtdeutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
<b>Insgesamt</b>									
<b>1 000</b>									
2007	733	319	414	629	275	354	103	44	59
2008	768	338	429	659	292	367	108	46	62
2009	764	344	419	651	296	355	113	48	64
<b>Grundsicherung bei Erwerbsminderung am 31.12.2009</b>									
<b>1 000</b>									
18 – 65	364	204	160	337	190	146	27	14	14
davon:									
außerhalb von Einrichtungen	243	133	111	219	121	98	24	12	12
in Einrichtungen	121	71	49	117	69	48	3	2	1
<b>Grundsicherung im Alter am 31.12.2009</b>									
<b>1 000</b>									
65 und mehr	400	140	260	315	106	209	85	34	51
davon:									
außerhalb von Einrichtungen	341	121	220	258	87	170	83	33	50
in Einrichtungen	59	19	40	57	19	39	2	1	1
<b>Anteil an der Bevölkerung in %<sup>1)</sup></b>									
18 – 65	0,7	0,8	0,6	0,7	0,8	0,6	0,5	0,5	0,5
65 und mehr	2,4	1,9	2,7	1,9	1,6	2,2	12,7	9,6	16,3
Zusammen	1,1	1,0	1,2	1,0	1,0	1,1	1,8	1,5	2,1

<sup>1)</sup> Anteil an der entsprechenden Altersgruppe; Bevölkerungsstand am 31.12.2009.

8 Sozialeleistungen  
 8.14 Sozialhilfe  
 8.14.3 Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII) 2009 \*)

Hilfeart	Empfänger/Empfängerinnen			Außerhalb von Einrichtungen			In Einrichtungen		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
1 000									
<b>Insgesamt <sup>1)</sup></b> . . . . .	<b>1192</b>	<b>605</b>	<b>587</b>	<b>477</b>	<b>255</b>	<b>223</b>	<b>790</b>	<b>394</b>	<b>397</b>
<b>Hilfen zur Gesundheit (5. Kapitel SGB XII) <sup>2)</sup></b> . . . . .	<b>33</b>	<b>16</b>	<b>17</b>	<b>25</b>	<b>12</b>	<b>13</b>	<b>9</b>	<b>4</b>	<b>4</b>
nachrichtlich:									
Anspruchsberechtigte nach § 264 SGB V <sup>3)</sup> . . . . .	110	56	55	X	X	X	X	X	X
<b>Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII) <sup>1)</sup></b> . . . . .	<b>725</b>	<b>433</b>	<b>291</b>	<b>298</b>	<b>175</b>	<b>122</b>	<b>490</b>	<b>296</b>	<b>195</b>
darunter Leistungen									
zur medizinischen Rehabilitation . . . . .	10	7	3	8	5	3	2	2	1
zur Teilhabe am Arbeitsleben . . . . .	7	4	3	1	1	1	5	3	2
in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen . . . . .	249	146	102	X	X	X	249	146	102
zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft . . . . .	496	295	201	250	146	104	269	163	106
darunter:									
Heilpädagogische Leistungen für Kinder . . . . .	139	90	49	98	63	35	48	31	17
Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten . . . . .	26	15	11	2	1	1	24	14	10
Hilfen zum selbstbest. Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten . . . . .	315	183	132	124	69	55	195	117	78
davon:									
einer eigenen Wohnung (ambulant betreut) . . . . .	109	59	50	109	59	50	X	X	X
einer Wohngemeinschaft (ambulant betreut) . . . . .	16	10	6	16	10	6	X	X	X
einer Wohn Einrichtung . . . . .	195	117	78	X	X	X	195	117	78
Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben . . . . .	77	43	34	23	12	12	54	32	22
Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung . . . . .	65	41	24	23	15	8	45	28	17
<b>Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII) <sup>1)</sup></b> . . . . .	<b>392</b>	<b>129</b>	<b>263</b>	<b>108</b>	<b>42</b>	<b>66</b>	<b>289</b>	<b>89</b>	<b>200</b>
darunter Pflegegeld									
bei erheblicher Pflegebedürftigkeit . . . . .	22	8	14	22	8	14	X	X	X
bei schwerer Pflegebedürftigkeit . . . . .	13	4	8	13	4	8	X	X	X
bei schwerster Pflegebedürftigkeit . . . . .	5	2	3	5	2	3	X	X	X
angemessene Aufwendungen der Pflegeperson . . . . .	12	5	8	12	5	8	X	X	X
angemessene Beihilfen . . . . .	22	8	13	22	8	13	X	X	X
Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft . . . . .	58	22	36	58	22	36	X	X	X
Hilfsmittel . . . . .	9	3	6	9	3	6	X	X	X
Teilstationäre Pflege und Kurzzeitpflege . . . . .	9	3	6	X	X	X	9	3	6
Vollstationäre Pflege . . . . .	282	86	196	X	X	X	282	86	196
<b>Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen (8. und 9. Kapitel SGB XII) . . . . .</b>	<b>82</b>	<b>45</b>	<b>37</b>	<b>66</b>	<b>33</b>	<b>32</b>	<b>18</b>	<b>12</b>	<b>5</b>

\*) Empfänger/-innen von Leistungen im Laufe des Jahres.

<sup>1)</sup> Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

<sup>2)</sup> Unmittelbar vom Sozialamt erbrachte Leistungen.

<sup>3)</sup> Bei Bedarf Hilfen zur Gesundheit mittelbar über die Krankenkassen; diese Personen werden beim Ingesamt-Ergebnis nicht als Empfänger/-innen gezählt.

8.14.4 Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe

Jahr	Bruttoausgaben							Einnahmen	Nettoausgaben	
	insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII)					insgesamt	je Einwohner <sup>2)</sup>
				Hilfen zur Gesundheit <sup>1)</sup>	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	Hilfe zur Pflege	Hilfen zur Überwindung bes. sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen			
Mill. EUR										
2007 . . . . .	21 128	1 088	3 558	949	11 914	3 217	402	2 290	18 838	229,00
2008 . . . . .	21 955	1 138	3 788	892	12 454	3 262	421	2 200	19 755	240,57
2009 . . . . .	23 029	1 160	4 038	790	13 287	3 334	420	2 099	20 930	255,64
davon (2009 <sup>2)</sup> ):										
Außerhalb von Einrichtungen . . . . .	6 226	574	2 969	X	1 723	737	222	252	5 974	72,97
In Einrichtungen . . . . .	16 013	585	1 069	X	11 564	2 597	198	1 835	14 179	173,17

<sup>1)</sup> Einschl. der Erstattungen an Krankenkassen für Leistungen nach § 264 SGB V.

<sup>2)</sup> Bevölkerungsstand: Durchschnitt des jeweiligen Jahres.

<sup>3)</sup> Ohne Hilfen zur Gesundheit, da eine Aufteilung nach dem Ort der Hilfestellung nicht möglich ist.

**8 Sozialeleistungen**  
**8.15 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**  
**8.15.1 Empfänger und Empfängerinnen von Regelleistungen**

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männer	Frauen	Stichtag 31.12.2009 Staatsangehörigkeit	Insgesamt		Männer	Frauen
	Anzahl	%	Anzahl			Anzahl	%	Anzahl	
2008	127 865	100	75 117	52 748	Europa	41 829	34,5	21 604	20 225
2009 <sup>1)</sup>	121 235	100	71 649	49 586	darunter:				
davon (2009):					Serbien und Montenegro	22 833	18,8	11 330	11 503
unter 7	14 407	11,9	7 416	6 991	Türkei	8 796	7,3	5 044	3 752
7 – 11	8 744	7,2	4 510	4 234	Russische Föderation	4 759	3,9	2 436	2 323
11 – 15	8 929	7,4	4 616	4 313	Asien	53 093	43,8	33 395	19 698
15 – 18	7 300	6,0	4 093	3 207	Afrika	15 248	12,6	10 053	5 195
18 – 21	7 856	6,5	5 097	2 759	Amerika	365	0,3	203	162
21 – 25	10 158	8,4	6 896	3 262	Übrige Staaten, staatenlos	1 085	0,9	600	485
25 – 30	13 663	11,3	9 245	4 418	Unbekannt	9 615	7,9	5 794	3 821
30 – 40	23 573	19,4	14 903	8 670					
40 – 50	14 983	12,4	9 214	5 769					
50 – 60	6 628	5,5	3 650	2 978					
60 – 65	1 676	1,4	744	932					
65 und mehr	3 318	2,7	1 265	2 053					
Durchschnittsalter in Jahren	27,5	X	27,5	27,3					

**8.15.2 Ausgaben und Einnahmen**

Jahr Art der Unterbringung	Bruttoausgaben					Einnahmen	Nettoausgaben	
	insgesamt	Regelleistungen			besondere Leistungen		insgesamt	je Einwohner <sup>2)</sup>
		zusammen	Grundleistungen	Hilfe zum Lebensunterhalt				
	Mill. EUR							
2006	1 165	851	597	254	314	22	1 144	13,88
2007	1 032	753	489	264	279	25	1 007	12,24
2008	842	605	395	209	238	29	814	9,91
2009	789	582	364	218	207	22	766	9,36
davon (2009):								
Außerhalb von Einrichtungen	559	418	214	204	141	18	540	6,60
In Einrichtungen	230	164	150	14	66	4	226	2,76

<sup>1)</sup> Neben diesen Regelleistungen wurden zum Jahresende 2009 noch in 38 287 Fällen besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) gewährt.

<sup>2)</sup> Bevölkerungsstand: jeweils Jahresdurchschnitt.

**8.16 Mindestsicherungsquote nach Ländern \*)**

Land	2006	2007 <sup>1)</sup>	2008	2009 <sup>1)</sup>
	%			
Baden-Württemberg	5,7	5,4	5,1	5,4
Bayern	5,3	5,0	4,7	4,9
Berlin	20,0	19,9	19,3	19,5
Brandenburg	14,6	13,9	13,1	12,7
Bremen	17,5	17,0	16,3	16,7
Hamburg	13,8	13,6	13,1	13,3
Hessen	9,0	8,8	8,5	8,7
Mecklenburg-Vorpommern	17,8	16,8	15,5	15,0
Niedersachsen	10,3	10,0	9,6	9,6
Nordrhein-Westfalen	10,8	10,7	10,3	10,7
Rheinland-Pfalz	7,5	7,2	7,0	7,2
Saarland	9,8	9,6	9,1	9,4
Sachsen	14,1	13,6	12,7	12,6
Sachsen-Anhalt	16,7	16,3	15,4	15,1
Schleswig-Holstein	10,4	10,1	9,7	9,7
Thüringen	12,7	12,2	11,1	11,1
<b>Deutschland</b>	<b>10,1</b>	<b>9,8</b>	<b>9,3</b>	<b>9,5</b>
Nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	8,6	8,4	8,0	8,2
Neue Länder einschl. Berlin	16,0	15,5	14,6	14,5

\*) Die Mindestsicherungsquote gibt die Empfänger/-innen von verschiedenen Leistungen nach dem SGB als Anteil an der Gesamtbevölkerung wieder. – Nähere Informationen hierzu siehe »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

<sup>1)</sup> Da die Kriegsopferfürsorge nur alle zwei Jahre erhoben wird, enthält die Mindestsicherungsquote 2007 die Ergebnisse der Kriegsopferfürsorge aus 2006 und die Mindestsicherungsquote 2009 die Ergebnisse aus 2008.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Statistische Ämter des Bundes und der Länder

8 Sozialeleistungen  
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe  
 8.17.1 Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 SGB VIII \*)

Gegenstand der Nachweisung	Begonnene Hilfen				Hilfen am 31.12.				Beendete Hilfen	
	insgesamt	davon			insgesamt	davon			insgesamt	durchschnittliche Dauer in Monaten
		vorrangig ambulant/teilstationär	vorrangig stationär	ergänzende bzw. sonstige Hilfe		vorrangig ambulant/teilstationär	vorrangig stationär	ergänzende bzw. sonstige Hilfe		
2009	28 101	17 944	1 785	8 372	36 374	23 797	2 233	10 344	22 942	13
<b>2009 nach dem Geschlecht</b>										
Männlich	15 622	10 049	1 020	4 553	20 634	13 560	1 298	5 776	12 921	14
Weiblich	12 479	7 895	765	3 819	15 740	10 237	935	4 568	10 021	13
<b>2009 nach dem Alter</b>										
von ... bis unter ... Jahren										
unter 1	1 774	1 122	72	580	894	572	29	293	732	3
1 – 3	2 384	1 519	125	740	2 648	1 777	108	763	1 725	9
3 – 6	3 544	2 279	146	1 119	4 534	2 971	189	1 374	2 521	12
6 – 9	4 676	2 960	335	1 381	5 890	3 855	401	1 634	3 107	11
9 – 12	4 920	3 154	313	1 453	7 539	4 899	560	2 080	4 133	15
12 – 15	5 012	3 389	270	1 353	6 641	4 606	346	1 689	4 251	14
15 – 18	4 213	2 735	289	1 189	5 548	3 764	345	1 439	4 366	14
unter 18	26 523	17 158	1 550	7 815	33 694	22 444	1 978	9 272	20 835	13
Hilfe für junge Volljährige										
18 – 21	1 355	644	228	483	2 158	1 092	226	840	1 775	14
21 – 27	223	142	7	74	522	261	29	232	332	26
<b>2009 nach dem Migrationshintergrund</b>										
und zwar:										
mit ausländischer Herkunft										
mindestens eines Elternteils	8 747	5 481	540	2 726	12 069	7 584	676	3 809	6 873	14
in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	4 285	2 610	253	1 422	6 343	3 831	351	2 161	3 480	15

\*) Ohne Verbindung zu Hilfen gemäß §§ 28-35 SGB VIII.

8.17.2 Erziehungsberatung

Gegenstand der Nachweisung	Begonnene Beratungen				Beratungen am 31.12.			Beendete Beratungen	
	insgesamt	Beratung/Therapie setzt an			insgesamt	Art des Trägers		insgesamt	durchschnittliche Dauer der Beratung in Monaten
		vorrangig mit der Familie (Eltern und Kind)	vorrangig mit den Eltern (zusammen oder einzeln)	vorrangig mit dem jungen Menschen		öffentliche Träger	freie Träger		
2009	304 297	124 631	142 591	37 075	134 673	48 228	86 445	308 163	5
<b>2009 nach dem Geschlecht</b>									
Männlich	168 183	71 711	80 661	15 811	75 095	27 414	47 681	171 187	5
Weiblich	136 114	52 920	61 930	21 264	59 578	20 814	38 764	136 976	5
<b>2009 nach dem Alter</b>									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 1	5 830	2 075	3 637	118	1 675	532	1 143	3 426	2
1 – 3	15 808	4 749	10 903	156	5 634	1 938	3 696	13 001	4
3 – 6	46 974	16 809	28 861	1 304	17 797	6 257	11 540	43 013	4
6 – 9	61 842	27 701	30 677	3 464	27 222	9 854	17 368	60 427	5
9 – 12	59 588	28 244	26 140	5 204	30 134	11 142	18 992	63 067	6
12 – 15	52 218	24 499	21 352	6 367	24 374	8 916	15 458	54 370	6
15 – 18	41 653	16 196	15 255	10 202	18 296	6 634	11 662	45 635	6
unter 18	283 913	120 273	136 825	26 815	125 132	45 273	79 859	282 939	5
Hilfe für junge Volljährige									
18 – 21	15 602	3 634	4 527	7 441	7 036	2 200	4 836	19 077	6
21 – 27	4 782	724	1 239	2 819	2 505	755	1 750	6 147	8
<b>2009 nach dem Migrationshintergrund</b>									
und zwar:									
mit ausländischer Herkunft									
mindestens eines Elternteils	65 587	28 142	29 628	7 817	29 110	11 585	17 525	66 384	5
in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	24 998	11 115	10 397	3 486	10 869	4 685	6 184	25 406	5

8 Soziale Leistungen  
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe  
 8.17.3 Betreuung einzelner junger Menschen

Gegenstand der Nachweisung	Soziale Gruppenarbeit			Unterstützung durch Erziehungsbeistand			Unterstützung durch Betreuungshelfer/-innen		
	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe
2008	8 015	7 490	7 631	16 478	17 746	14 710	5 993	5 534	4 769
2009	8 414	8 177	7 800	18 161	20 278	16 044	7 074	5 927	6 429
<b>2009 nach dem Geschlecht</b>									
Männlich	6 248	5 685	5 829	10 839	12 724	9 561	4 547	3 874	4 130
Weiblich	2 166	2 492	1 971	7 322	7 554	6 483	2 527	2 053	2 299
<b>2009 nach dem Alter</b>									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 15	5 218	6 630	4 115	9 099	9 828	5 817	1 768	1 673	1 084
15 – 18	1 941	1 142	2 262	6 638	7 720	6 343	2 678	2 142	2 096
18 – 21	1 106	332	1 200	2 373	2 590	3 652	2 445	1 913	2 751
21 und mehr	149	73	223	51	140	232	183	199	498
<b>2009 nach dem Migrationshintergrund</b>									
und zwar:									
mit ausländischer Herkunft									
mindestens eines Elternteils	3 045	2 937	2 834	4 074	4 731	3 470	2 322	1 991	1 908
in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	1 796	1 756	1 724	1 764	2 114	1 560	1 328	1 196	1 068
<b>2009 nach dem Träger der Betreuung</b>									
Öffentliche Träger	1 675	1 421	1 681	3 151	3 739	3 042	1 158	903	1 152
Freie Träger	6 739	6 756	6 119	15 010	16 539	13 002	5 916	5 024	5 277

8.17.4 Sozialpädagogische Familienhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Familien mit begonnener Hilfe		Familien am 31.12. mit andauernder Hilfe		Familien mit beendeter Hilfe	
	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen <sup>1)</sup>	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen <sup>1)</sup>	insgesamt	durchschnittliche Dauer in Monaten
2008	39 196	26 085	52 280	35 782	28 884	14
2009	41 514	27 797	58 875	40 816	34 485	15
<b>2009 nach der Familiensituation</b>						
Familien insgesamt	41 514	27 797	58 875	40 816	34 485	15
davon mit:						
1 Kind	18 788	12 885	23 864	16 902	15 016	13
2 Kindern	11 911	7 535	17 144	11 287	10 144	15
3 Kindern	6 586	4 322	10 366	7 039	5 591	16
4 und mehr Kindern	4 229	3 055	7 501	5 588	3 734	18
Zahl der Kinder in den Familien insgesamt	81 882	55 171	124 447	87 040	69 391	X
und zwar (Familien insgesamt):						
mit ausländischer Herkunft						
mindestens eines Elternteils	11 541	.	16 264	.	9 263	14
in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	5 355	.	7 900	.	4 385	14
davon (Familien insgesamt):						
Hilfe wird durchgeführt						
in der Herkunftsfamilie	40 382	27 059	57 329	39 828	33 535	15
davon:						
Eltern leben zusammen	13 206	7 009	19 390	10 861	10 612	15
Zahl der Kinder in diesen Familien	28 729	15 462	45 363	26 116	23 651	.
Elternteil lebt alleine	21 138	16 350	29 671	23 598	17 713	15
Zahl der Kinder in diesen Familien	38 949	30 761	58 283	47 223	33 034	.
Elternteil lebt mit neuem/-r Partner/-in zusammen	6 038	3 700	8 268	5 369	5 210	15
Zahl der Kinder in diesen Familien	12 330	7 755	18 150	12 040	11 173	.
in einer Verwandtenfamilie	640	436	885	597	540	14
Zahl der Kinder in diesen Familien	1 023	681	1 466	982	836	.
in einer nicht verwandten Familie	492	302	661	391	410	14
Zahl der Kinder in diesen Familien	851	512	1 185	679	697	.

<sup>1)</sup> Die Familie lebt teilweise oder ganz von Arbeitslosengeld II (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe (SGB XII).

8 Sozialeleistungen  
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe  
 8.17.5 Teil-/stationäre Hilfen zur Erziehung

Gegenstand der Nachweisung	Hilfen		Erziehung in einer Tagesgruppe	Vollzeitpflege			Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform			Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
	insgesamt	je 10 000 junge Menschen		zusammen	davon		zusammen	darunter		
					Fremdpflege	Verwandtenpflege		in einer Einrichtung	in der Wohnung des jungen Menschen	
<b>Begonnene Hilfen 2009</b>										
Insgesamt	61 475	27,5	9 420	15 048	11 919	3 129	34 125	31 974	1 969	2 882
davon:										
Männlich	34 187	29,9	6 922	7 513	5 986	1 527	18 131	17 154	860	1 621
Weiblich	27 288	26,5	2 498	7 535	5 933	1 602	15 994	14 820	1 109	1 261
<b>Alter von ... bis unter ... Jahren</b>										
unter 3	6 301	30,8	326	4 614	4 046	568	1 361	1 360	-	-
3 - 6	4 623	22,1	282	2 849	2 287	562	1 492	1 491	-	-
6 - 9	7 847	35,7	3 229	2 111	1 581	530	2 507	2 507	-	-
9 - 12	9 184	38,9	3 526	1 577	1 169	408	3 929	3 926	-	152
12 - 15	12 095	50,7	1 671	1 696	1 182	514	8 248	8 174	8	480
15 - 18	16 726	66,9	386	1 712	1 262	450	13 219	12 144	976	1 409
unter 18	56 776	41,8	9 420	14 559	11 527	3 032	30 756	29 602	984	2 041
<b>Hilfe für junge Volljährige</b>										
18 - 21	4 626	16,0	X	482	385	97	3 317	2 331	974	827
21 - 27	73	0,1	X	7	7		52	41	11	14
<b>Hilfen am 31.12.2009</b>										
Insgesamt	139 336	62,7	17 635	57 452	44 883	12 569	60 902	58 202	2 384	3 347
davon:										
Männlich	78 391	68,9	12 984	29 250	22 882	6 368	34 218	33 010	1 005	1 939
Weiblich	60 945	56,2	4 651	28 202	22 001	6 201	26 684	25 192	1 379	1 408
<b>Alter von ... bis unter ... Jahren</b>										
unter 3	6 871	33,6	276	5 578	4 898	680	1 017	1 015	-	-
3 - 6	11 266	54,3	446	8 751	7 171	1 580	2 069	2 068	-	-
6 - 9	17 418	80,4	3 537	9 660	7 682	1 978	4 221	4 220	-	-
9 - 12	26 155	111,9	7 734	10 236	7 958	2 278	8 052	8 048	-	133
12 - 15	28 693	119,6	4 437	10 037	7 518	2 519	13 700	13 641	4	519
15 - 18	34 977	142,2	1 205	9 802	6 994	2 808	22 501	21 649	651	1 469
unter 18	125 380	93,0	17 635	54 064	42 221	11 843	51 560	50 641	655	2 121
<b>Hilfe für junge Volljährige</b>										
18 - 21	13 081	46,2	X	3 195	2 498	697	8 756	7 099	1 608	1 130
21 - 27	875	1,5	X	193	164	29	586	462	121	96

8.17.6 Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung gemäß § 35a SGB VIII

Gegenstand der Nachweisung	Begonnene Hilfen				Hilfen am 31.12.				Beendete Hilfen	
	insgesamt	davon			insgesamt	davon			insgesamt	durchschnittliche Dauer in Monaten
		ambulant/teilstationär	bei einer Pflegeperson	in einer Einrichtung über Tag und Nacht		ambulant/teilstationär	bei einer Pflegeperson	in einer Einrichtung über Tag und Nacht		
2009	18 300	13 634	184	4 482	35 235	25 327	445	9 463	14 238	21
<b>2009 nach dem Geschlecht</b>										
Männlich	12 221	9 307	119	2 795	24 115	17 553	281	6 281	9 378	22
Weiblich	6 079	4 327	65	1 687	11 120	7 774	164	3 182	4 860	20
<b>2009 nach dem Alter</b>										
von ... bis unter ... Jahren										
unter 3	72	65	-	7	53	49	-	4	21	-
3 - 6	730	691	1	38	786	750	4	32	190	11
6 - 9	4 173	3 790	34	349	4 542	4 133	38	371	1 563	14
9 - 12	6 239	5 367	68	804	12 250	10 618	154	1 478	4 080	19
12 - 15	3 097	2 068	36	993	8 413	6 095	130	2 188	3 472	23
15 - 18	2 169	841	21	1 307	5 014	2 163	64	2 787	2 219	23
unter 18	16 480	12 822	160	3 498	31 058	23 808	390	6 860	11 545	20
<b>Hilfe für junge Volljährige</b>										
18 - 21	1 680	729	22	929	3 073	1 036	43	1 994	1 865	22
21 - 27	140	83	2	55	1 104	483	12	609	828	36
<b>2009 nach dem Migrationshintergrund</b>										
und zwar:										
mit ausländischer Herkunft										
mindestens eines Elternteils	3 340	2 515	28	797	5 998	4 414	74	1 510	2 440	20
in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	1 383	1 065	15	303	2 664	1 924	45	695	1 115	23

8 Sozialeleistungen  
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe  
 8.17.7 Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>			Neue Länder <sup>1)</sup>		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtsvormundschaft . . . . .	38 572	38 558	38 379	29 308	29 412	29 909	6 612	6 509	6 348
davon unter:									
gesetzlicher Amtsvormundschaft . . . . .	8 025	7 994	7 297	5 953	5 794	5 417	1 779	1 778	1 568
bestellter Amtsvormundschaft . . . . .	30 547	30 564	31 082	23 355	23 618	24 492	4 833	4 731	4 780
bestellter Amtspflegschaft . . . . .	28 422	30 963	31 581	21 979	24 008	24 982	4 730	5 177	4 965
Beistandschaft <sup>2)</sup> . . . . .	657 952	651 390	640 151	532 977	524 986	515 683	67 800	67 537	67 237
Zur Adoption vorgemerkte Kinder und Jugendliche am Jahresende . . . . .	886	774	818	648	596	594	231	170	215
Vorgemerkte Adoptionsbewerbungen am Jahresende . . . . .	8 914	7 841	7 139	7 761	6 798	6 239	959	877	804
Vorgemerkte Adoptionsbewerbungen auf je ein/einen zur Adoption vorgemerktes Kind/Jugendlichen . . . . .	10	10	9	12	11	11	4	5	4
Tagespflegepersonen, für die eine Pflege-erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht . . . . .	34 962	42 483	48 466	30 244	36 467	42 000	472	4 678	5 065
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge . . . . .	10 769	12 244	12 164	8 950	9 532	9 797	1 486	1 705	1 723

<sup>1)</sup> Jeweils ohne Angaben für Berlin.

<sup>2)</sup> Beistandschaften nach § 1712 BGB.

8.17.8 Adoptierte Kinder und Jugendliche

Gegenstand der Nachweisung	Adoptierte Kinder und Jugendliche		Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
	insgesamt	je 10 000 Kinder und Jugendliche <sup>1)</sup>	verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	Deutsche	Nichtdeutsche <sup>2)</sup>	Deutsche/ Nichtdeutsche <sup>2)</sup>
2008 . . . . .	4 201	3,0	226	2 056	1 919	3 631	134	436
2009 . . . . .	3 888	2,9	185	2 011	1 692	3 424	92	372
<b>2009 nach dem Alter</b>								
von . . . bis unter . . . Jahren								
unter 1 . . . . .	109	1,6	8	52	49	103	3	3
1 – 3 . . . . .	1 066	7,8	24	98	944	1 023	7	36
3 – 6 . . . . .	618	3,0	30	228	360	553	16	49
6 – 12 . . . . .	1 108	2,4	63	811	234	964	30	114
12 und mehr . . . . .	987	2,0	60	822	105	781	36	170
<b>2009 nach der Staatsangehörigkeit</b>								
Deutsche . . . . .	2 863	.	92	1 650	1 121	2 746	30	87
Nichtdeutsche <sup>2)</sup> . . . . .	1 025	.	93	361	571	678	62	285
<b>2009 nach dem Geschlecht</b>								
Männlich . . . . .	1 971	2,8	90	988	893	1 737	47	187
Weiblich . . . . .	1 917	2,9	95	1 023	799	1 687	45	185
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet <sup>3)</sup> . . . . .	3 222	2,8	166	1 765	1 291	2 792	81	349
Neue Länder <sup>3)</sup> . . . . .	552	3,3	4	228	320	541	4	7

<sup>1)</sup> Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt.

<sup>2)</sup> Einschl. Staatenloser.

<sup>3)</sup> Ohne Angaben für Berlin.

8 Sozialeleistungen  
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe  
 8.17.9 Adoptierte Kinder und Jugendliche 2009 nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit Zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon (Sp. 1) im Alter von . . . bis unter . . . Jahren				Davon (Sp.1) Verwandtschaftsverhältnis zu Adoptiveltern		
				unter 3	3 – 6	6 – 12	12 und mehr	verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt
<b>Europa</b> . . . . .	<b>3 323</b>	<b>1 680</b>	<b>1 643</b>	<b>1 023</b>	<b>490</b>	<b>982</b>	<b>828</b>	<b>129</b>	<b>1 847</b>	<b>1 347</b>
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt . . . . .	189	115	74	74	51	38	26	21	19	149
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	2 863	1 428	1 435	897	423	879	664	92	1 650	1 121
Bulgarien . . . . .	26	21	5	16	4	2	4	2	2	22
Italien . . . . .	6	4	2	3	–	3	–	–	3	3
Polen . . . . .	38	23	15	5	4	12	17	1	20	17
Rumänien . . . . .	25	12	13	8	2	8	7	–	14	11
sonstige EU-Länder . . . . .	27	18	9	3	10	6	8	–	12	14
EU-Länder . . . . .	2 985	1 506	1 479	932	443	910	700	96	1 701	1 188
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt . . . . .	33	19	14	4	13	10	6	2	4	27
Bosnien und Herzegowina . . . . .	9	5	4	4	–	3	2	2	2	5
Russische Föderation . . . . .	202	105	97	70	33	32	67	7	77	118
Serbien . . . . .	8	4	4	3	2	1	2	4	–	4
Türkei . . . . .	35	14	21	8	6	10	11	15	9	11
Ukraine . . . . .	57	32	25	2	5	20	30	1	39	17
sonstige europäische Länder . . . . .	27	14	13	4	1	6	16	4	19	4
<b>Afrika</b> . . . . .	<b>165</b>	<b>87</b>	<b>78</b>	<b>70</b>	<b>32</b>	<b>33</b>	<b>30</b>	<b>13</b>	<b>32</b>	<b>120</b>
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt . . . . .	125	64	61	61	27	24	13	12	9	104
Äthiopien . . . . .	73	36	37	36	21	14	2	1	–	72
Kamerun . . . . .	10	7	3	–	3	2	5	3	6	1
Marokko . . . . .	5	1	4	–	2	2	1	1	1	3
sonstige afrikanische Länder . . . . .	77	43	34	34	6	15	22	8	25	44
<b>Amerika</b> . . . . .	<b>145</b>	<b>79</b>	<b>66</b>	<b>45</b>	<b>39</b>	<b>37</b>	<b>24</b>	<b>2</b>	<b>32</b>	<b>111</b>
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt . . . . .	76	50	26	27	23	22	4	1	4	71
Brasilien . . . . .	18	11	7	2	3	3	10	1	12	5
Chile . . . . .	6	2	4	–	–	6	–	–	–	6
Kolumbien . . . . .	74	43	31	29	26	17	2	–	2	72
Peru . . . . .	5	3	2	–	1	1	3	–	4	1
Vereinigte Staaten . . . . .	4	2	2	3	–	1	–	1	1	2
sonstige amerikanische Länder . . . . .	38	18	20	11	9	9	9	–	13	25
<b>Asien</b> . . . . .	<b>250</b>	<b>123</b>	<b>127</b>	<b>36</b>	<b>56</b>	<b>55</b>	<b>103</b>	<b>40</b>	<b>98</b>	<b>112</b>
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt . . . . .	128	61	67	23	45	34	26	29	13	86
Afghanistan . . . . .	5	1	4	3	–	1	1	2	–	3
Armenien . . . . .	5	4	1	–	–	–	5	–	4	1
Indien . . . . .	28	5	23	4	15	4	5	2	2	24
Philippinen . . . . .	21	6	15	2	5	6	8	5	11	5
Sri Lanka . . . . .	5	2	3	2	1	–	2	2	–	3
Thailand . . . . .	72	43	29	9	15	20	28	8	32	32
Vietnam . . . . .	18	8	10	1	1	4	12	1	12	5
sonstige asiatische Länder . . . . .	96	54	42	15	19	20	42	20	37	39
<b>Sonstige</b> . . . . .	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>2</b>
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt . . . . .	3	2	1	1	1	1	–	1	–	2
<b>Insgesamt</b> . . . . .	<b>3 888</b>	<b>1 971</b>	<b>1 917</b>	<b>1 175</b>	<b>618</b>	<b>1 108</b>	<b>987</b>	<b>185</b>	<b>2 011</b>	<b>1 692</b>
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt . . . . .	521	292	229	186	147	119	69	64	45	412

8 Sozialeleistungen  
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe  
 8.17.10 Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2009

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Inobhutnahme				Herausnahme	Unterbringung während der Maßnahme		
		an jugendgefährdendem Ort		sonstiger Zugang			bei einer geeigneten Person	in einer	
		nach vorherigem Ausreißen	ohne vorheriges Ausreißen	nach vorherigem Ausreißen	ohne vorheriges Ausreißen			Einrichtung	sonstigen betreuten Wohnform
<b>Männlich</b>									
<b>Zusammen</b>	<b>16 100</b>	<b>661</b>	<b>1 095</b>	<b>2 947</b>	<b>11 233</b>	<b>164</b>	<b>2 645</b>	<b>12 842</b>	<b>613</b>
<b>nach dem Alter</b>									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	1 814	25	192	22	1 519	56	976	712	126
3 - 6	1 179	29	107	16	994	33	462	653	64
6 - 9	1 057	20	110	34	877	16	304	705	48
9 - 12	1 331	36	127	110	1 041	17	255	1 023	53
12 - 14	1 689	78	118	285	1 188	20	164	1 486	39
14 - 16	4 057	232	200	1 121	2 490	14	251	3 690	116
16 - 18	4 973	241	241	1 359	3 124	8	233	4 573	167
<b>nach der Staatsangehörigkeit</b>									
Deutsche	12 326	482	898	2 083	8 721	142	2 334	9 499	493
Nichtdeutsche <sup>1)</sup>	3 774	179	197	864	2 512	22	311	3 343	120
<b>Weiblich</b>									
<b>Zusammen</b>	<b>17 610</b>	<b>1 014</b>	<b>1 122</b>	<b>4 355</b>	<b>10 973</b>	<b>146</b>	<b>2 783</b>	<b>14 179</b>	<b>648</b>
<b>nach dem Alter</b>									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	1 520	33	172	19	1 257	39	821	583	116
3 - 6	1 062	15	131	15	873	28	446	564	52
6 - 9	826	12	94	19	683	18	231	562	33
9 - 12	1 083	22	118	100	826	17	224	811	48
12 - 14	2 342	137	113	558	1 518	16	280	1 986	76
14 - 16	5 767	471	251	1 949	3 080	16	424	5 170	173
16 - 18	5 010	324	243	1 695	2 736	12	357	4 503	150
<b>nach der Staatsangehörigkeit</b>									
Deutsche	14 419	806	910	3 492	9 084	127	2 463	11 427	529
Nichtdeutsche <sup>1)</sup>	3 191	208	212	863	1 889	19	320	2 752	119
<b>Insgesamt</b>									
<b>Insgesamt</b>	<b>33 710</b>	<b>1 675</b>	<b>2 217</b>	<b>7 302</b>	<b>22 206</b>	<b>310</b>	<b>5 428</b>	<b>27 021</b>	<b>1 261</b>
<b>nach dem Alter</b>									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	3 334	58	364	41	2 776	95	1 797	1 295	242
3 - 6	2 241	44	238	31	1 867	61	908	1 217	116
6 - 9	1 883	32	204	53	1 560	34	535	1 267	81
9 - 12	2 414	58	245	210	1 867	34	479	1 834	101
12 - 14	4 031	215	231	843	2 706	36	444	3 472	115
14 - 16	9 824	703	451	3 070	5 570	30	675	8 860	289
16 - 18	9 983	565	484	3 054	5 860	20	590	9 076	317
<b>nach der Staatsangehörigkeit</b>									
Deutsche	26 745	1 288	1 808	5 575	17 805	269	4 797	20 926	1 022
Nichtdeutsche <sup>1)</sup>	6 965	387	409	1 727	4 401	41	631	6 095	239
<b>nach dem Aufenthalt vor der Maßnahme</b>									
bei den Eltern	9 093	.	.	.	.	67	1 717	6 986	390
bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner	5 870	.	.	.	.	19	856	4 793	221
bei alleinerziehendem Elternteil	10 487	.	.	.	.	42	2 108	8 001	378
bei Großeltern/Verwandten	747	.	.	.	.	90	164	552	31
in einer Pflegefamilie	808	.	.	.	.	27	168	614	26
bei einer sonstigen Person	694	.	.	.	.	27	90	579	25
in einem Heim/einer sonstigen betreuten Wohnform	2 834	.	.	.	.	38	191	2 564	79
in einer Wohngemeinschaft	129	.	.	.	.	-	12	108	9
in eigener Wohnung	67	.	.	.	.	-	1	63	3
ohne feste Unterkunft	941	.	.	.	.	-	32	876	33
an unbekanntem Ort	2 040	.	.	.	.	-	89	1 885	68
<b>nach dem Träger</b>									
Träger der öffentlichen Jugendhilfe	22 226	.	.	.	.	225	4 278	17 168	780
Träger der freien Jugendhilfe	11 484	.	.	.	.	85	1 150	9 853	481
<b>Nachrichtlich:</b>									
Früheres Bundesgebiet <sup>2)</sup>	26 000	1 393	1 823	5 508	17 023	253	4 692	20 344	964
Neue Länder <sup>2)</sup>	6 374	168	334	1 377	4 448	47	663	5 444	267

<sup>1)</sup> Einschtl. Staatenloser.

<sup>2)</sup> Ohne Angaben für Berlin.

8 Sozialeleistungen  
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe  
 8.17.11 Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen
	2008			2009		
	1 000 EUR					
Jugendarbeit . . . . .	1 544 488	521 171	1 023 317	1 559 525	529 820	1 029 705
Jugendsozialarbeit . . . . .	339 083	273 779	65 305	388 619	309 763	78 856
Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie <sup>1)</sup> .	119 297	92 130	27 167	258 145	225 828	32 317
Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern) . . . . .	143 894	140 453	3 440	158 130	155 894	2 236
Kindertagesbetreuung . . . . .	14 498 475	1 677 119	12 821 356	16 223 407	1 853 277	14 370 130
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Voll- jährige, Inobhutnahme und Ein- gliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche . . . .	6 406 879	6 139 924	266 955	7 104 488	6 839 426	265 063
Mitarbeiterfortbildung . . . . .	19 376	7 104	12 272	19 400	10 024	9 376
sonstige Ausgaben . . . . .	834 982	522 111	312 871	746 432	414 800	331 632
Ausgaben zusammen . . . . .	24 091 918 <sup>2)</sup>	9 559 236 <sup>2)</sup>	14 532 683	26 507 223 <sup>2)</sup>	10 387 907 <sup>2)</sup>	16 119 315
Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung	491 600	–	491 600	399 378	–	399 378
<b>Ausgaben insgesamt . . . . .</b>	<b>24 583 518</b>	<b>9 559 236</b>	<b>15 024 283</b>	<b>26 906 600</b>	<b>10 387 907</b>	<b>16 518 693</b>
davon: öffentliche Träger . . . . .	16 026 569	8 659 351	7 367 218	17 391 166	9 527 895	7 863 272
Förderung von freien Trägern . . . . .	8 556 949	899 884	7 657 064	9 515 434	860 013	8 655 421
<b>Einnahmen insgesamt . . . . .</b>	<b>2 341 654</b>	<b>667 422</b>	<b>1 674 232</b>	<b>2 614 958</b>	<b>795 112</b>	<b>1 819 846</b>
<b>Reine Ausgaben insgesamt . . . . .</b>	<b>22 241 864</b>	<b>8 891 814</b>	<b>13 350 050</b>	<b>24 291 642</b>	<b>9 592 795</b>	<b>14 698 847</b>

<sup>1)</sup> 2008 nur allgemeine Förderung der Familie.

<sup>2)</sup> Einschl. Personalausgaben, die nicht nach den einzelnen Leistungsbereichen aufteilbar sind (185,4 Mill. Euro in 2008; 49,1 Mill. Euro in 2009).

8.17.12 Einrichtungen, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 1. März 2010

Art der Tageseinrichtung	Tageseinrichtungen			Kinder in Tageseinrichtungen			Tätige Personen			
	insgesamt	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	pädagogisches und Verwaltungspersonal		hauswirtschaftliches und technisches Personal
								öffentliche Träger	freie Träger	
Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von . . . bis unter . . . Jahren										
0 – 3 . . . . .	1 386	209	1 177	24 509	4 415	20 094	7 704	1 173	5 666	865
2 – 8 (ohne Schulkinder) . . . . .	22 892	7 370	15 522	1 175 960	384 666	791 294	187 642	51 269	111 020	25 353
5 – 14 (nur Schulkinder) . . . . .	3 437	1 627	1 810	228 996	127 103	101 893	22 157	9 599	10 056	2 502
mit Kindern aller Altersgruppen . . . . .	23 134	7 977	15 157	1 649 436	603 244	1 046 192	272 197	82 031	152 624	37 542
davon:										
Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen Gruppen . .	7 656	3 017	4 639	631 556	246 633	384 923	95 820	31 279	50 998	13 543
Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen . . .	5 737	1 603	4 134	286 417	98 282	188 135	52 244	14 055	30 930	7 259
Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen . . . . .	9 741	3 357	6 384	731 463	258 329	473 134	124 133	36 697	70 696	16 740
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>50 849</b>	<b>17 183</b>	<b>33 666</b>	<b>3 078 901</b>	<b>1 119 428</b>	<b>1 959 473</b>	<b>489 700</b>	<b>144 072</b>	<b>279 366</b>	<b>66 262</b>
darunter:										
Integrative Tageseinrichtungen . . . . .	15 474	4 678	10 796	1 120 994	357 919	763 075	190 648	50 768	115 024	24 856
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder . . . . .	347	60	287	13 416	2 899	10 517	5 505	522	4 360	623
Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen	444	43	401	17 905	2 081	15 824	4 473	456	3 637	380
Kindergartenähnliche Tageseinrichtungen . . . . .	3 792	732	3 060	192 217	51 675	140 542	32 153	5 968	21 587	4 598
Tageseinrichtungen von Elterninitiativen . . . . .	4 423	–	4 423	135 509	–	135 509	28 096	–	24 320	3 776

8 Sozialeleistungen  
8.17 Kinder- und Jugendhilfe

8.17.13 Tätige Personen in Kindertageseinrichtungen am 1. März 2010 nach Berufsausbildungsabschluss \*)

Berufsausbildungsabschluss	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Im Alter von . . . bis unter . . . Jahren				Vollzeit-	Teilzeit-	Nebenberuflich
				unter 25	25 – 40	40 – 55	55 und mehr			
Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Sozialarbeiter/-innen <sup>1)</sup> . . . . .	1 062	9 689	10 751	280	3 761	5 286	1 424	4 396	5 752	603
Dipl.-Pädagogen/-innen, Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Erziehungswissenschaftler/-innen <sup>2)</sup> . . . . .	401	3 726	4 127	126	1 914	1 660	427	1 565	2 307	255
Dipl.-Heilpädagogen/-innen . . . . .	53	1 075	1 128	34	484	528	82	446	580	102
Erzieher/-innen . . . . .	7 501	289 157	296 658	23 601	101 377	139 806	31 874	117 079	173 317	6 262
Heilpädagogen/-innen (Fachschule) . . . . .	209	6 037	6 246	67	1 979	3 627	573	2 600	3 316	330
Kinderpfleger/-innen . . . . .	568	51 416	51 984	7 075	18 942	19 875	6 092	19 229	31 643	1 112
Assistenten/-innen im Sozialwesen <sup>3)</sup> . . . . .	224	2 904	3 128	1 082	1 271	652	123	642	2 368	118
Sonstige soziale/sozialpädagogische Kurzausbildung . . . . .	80	1 533	1 613	189	357	748	319	315	1 120	178
Sonstige Sozial- und Erziehungsberufe . . . . .	479	4 459	4 938	753	2 179	1 622	384	1 627	3 095	216
(Fach-)Kinderkrankenpfleger, -schwestern, Krankenpfleger, -schwestern . . . . .	7	1 476	1 483	22	254	910	297	412	958	113
Sonstige Gesundheitsdienstberufe . . . . .	296	2 935	3 231	126	1 191	1 612	302	752	1 887	592
Lehrer/-innen . . . . .	194	1 700	1 894	57	543	851	443	382	1 078	434
Anderer Hochschulabschluss . . . . .	266	1 053	1 319	64	491	614	150	291	633	395
Verwaltungs- und Büroberufe . . . . .	276	2 248	2 524	51	517	1 469	487	183	1 056	1 285
Hauswirtschaftsleiter/-innen, Wirtschaftler/-innen, Oekotrophologen/-innen . . . . .	14	419	433	20	69	269	75	50	329	54
Sonstiger Berufsausbildungsabschluss . . . . .	750	6 774	7 524	714	1 457	3 925	1 428	1 367	4 442	1 715
Praktikanten/-innen im Anerkennungsjahr . . . . .	781	8 781	9 562	7 814	1 519	219	10	7 903	1 617	42
Anderweitig noch in Berufsausbildung . . . . .	769	4 551	5 320	4 171	834	287	28	2 569	2 217	534
Ohne abgeschlossene Ausbildung . . . . .	1 897	7 678	9 575	6 749	790	1 349	687	5 802	3 238	535
<b>Insgesamt . . .</b>	<b>15 827</b>	<b>407 611</b>	<b>423 438</b>	<b>52 995</b>	<b>139 929</b>	<b>185 309</b>	<b>45 205</b>	<b>167 610</b>	<b>240 953</b>	<b>14 875</b>

\*) Pädagogisches und Verwaltungspersonal.  
1) Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss.  
2) Universität oder vergleichbarer Abschluss.

3) Sozialassistent/-in, Sozialbetreuer/-in, Sozialpflegeassistent/-in, sozialpädagogische/r Assistent/-in.

8 Sozialeleistungen  
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe  
 8.17.14 Kinder in Tageseinrichtungen am 1. März 2010 nach Ländern

Land	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		0 – 3		3 – 6		6 – 11		11 – 14			
		Anzahl	Besuchs- quote	Anzahl	Besuchs- quote	Anzahl	Besuchs- quote	Anzahl	Besuchs- quote	Anzahl	Besuchs- quote
Baden-Württemberg . . . . .	383 769	43 711	15,8	270 256	94,4	67 159	12,9	2 643	0,8		
Bayern . . . . .	461 177	53 260	16,6	294 469	89,8	110 057	18,6	3 391	0,9		
Berlin . . . . .	121 036	36 408	38,4	79 294	92,6	5 334	4,0	–	0,0		
Brandenburg . . . . .	147 978	25 171	43,8	53 982	94,5	66 297	67,4	2 528	4,5		
Bremen . . . . .	22 127	2 125	13,0	13 778	87,5	6 038	22,3	186	1,0		
Hamburg . . . . .	73 919	11 673	23,7	37 300	81,0	23 595	32,5	1 351	3,0		
Hessen . . . . .	231 795	24 602	15,8	146 298	92,3	59 493	21,2	1 402	0,8		
Mecklenburg-Vorpommern . . . . .	88 939	15 050	38,7	35 205	93,7	38 287	61,2	397	1,1		
Niedersachsen . . . . .	271 521	23 330	12,0	182 482	88,8	64 711	16,6	998	0,4		
Nordrhein-Westfalen . . . . .	548 182	46 140	10,3	422 241	91,4	78 925	9,3	876	0,2		
Rheinland-Pfalz . . . . .	138 683	17 702	18,4	95 910	96,5	24 305	13,1	766	0,6		
Saarland . . . . .	30 800	3 444	16,2	20 963	93,8	6 311	15,1	82	0,3		
Sachsen . . . . .	252 858	38 593	37,7	92 858	95,0	119 554	76,1	1 853	2,2		
Sachsen-Anhalt . . . . .	129 677	28 815	55,3	47 605	94,3	52 397	61,5	860	1,8		
Schleswig-Holstein . . . . .	94 338	7 997	11,6	62 392	85,8	23 436	17,2	513	0,6		
Thüringen . . . . .	82 102	22 315	43,4	47 885	95,9	11 880	14,2	22	0,0		
<b>Deutschland . . . . .</b>	<b>3 078 901</b>	<b>400 336</b>	<b>19,6</b>	<b>1 902 918</b>	<b>91,7</b>	<b>757 779</b>	<b>20,4</b>	<b>17 868</b>	<b>0,7</b>		

1) Anteil der ganztags betreuten Kinder an allen Kindern der selben Altersgruppe.

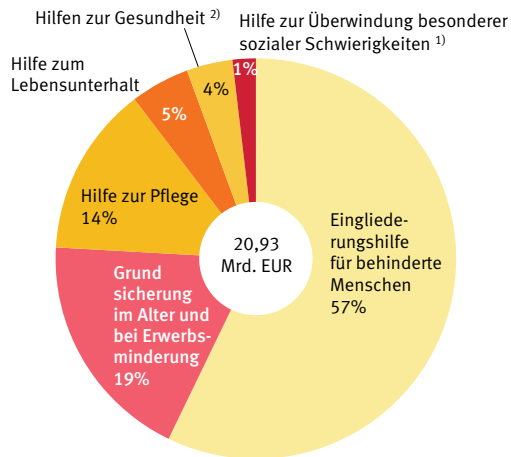
8.17.15 Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2010 nach Ländern

Land	Insgesamt	Kinder im Alter von ... bis unter ... Jahren								Betreuungstage pro Woche			
		0 – 3		3 – 6		6 – 11		11 – 14		1 – 2	3 – 4	5	6 – 7
		Anzahl	Besuchs- quote	Anzahl	Besuchs- quote	Anzahl	Besuchs- quote	Anzahl	Besuchs- quote	Anzahl			
Baden-Württemberg . . . . .	15 681	7 246	2,6	3 709	1,3	3 935	0,8	791	0,2	5 915	5 009	4 527	230
Bayern . . . . .	9 212	6 363	2,0	1 467	0,4	1 199	0,2	183	0,0	2 155	3 722	3 237	98
Berlin . . . . .	4 897	3 545	3,7	1 089	1,3	228	0,2	35	0,0	26	237	4 615	19
Brandenburg . . . . .	4 767	4 115	7,2	554	1,0	92	0,1	6	0,0	31	57	4 674	5
Bremen . . . . .	862	527	3,2	173	1,1	130	0,5	32	0,2	95	260	495	12
Hamburg . . . . .	5 426	2 460	5,0	1 195	2,6	1 416	1,9	355	0,8	199	876	4 260	91
Hessen . . . . .	8 069	5 622	3,6	1 123	0,7	1 104	0,4	220	0,1	1 597	3 083	3 276	113
Mecklenburg-Vorpommern . . . . .	5 398	4 695	12,1	563	1,5	131	0,2	9	0,0	3	35	5 349	11
Niedersachsen . . . . .	14 337	7 494	3,9	3 038	1,5	3 168	0,8	637	0,2	3 147	4 046	6 894	250
Nordrhein-Westfalen . . . . .	25 507	16 559	3,7	3 955	0,9	3 985	0,5	1 008	0,2	4 104	9 401	11 433	569
Rheinland-Pfalz . . . . .	3 836	1 832	1,9	746	0,8	1 011	0,5	247	0,2	751	1 155	1 780	150
Saarland . . . . .	685	350	1,6	130	0,6	161	0,4	44	0,2	87	148	429	21
Sachsen . . . . .	5 634	5 243	5,1	281	0,3	104	0,1	6	0,0	57	66	5 498	13
Sachsen-Anhalt . . . . .	445	363	0,7	71	0,1	11	0,0	–	0,0	10	25	410	–
Schleswig-Holstein . . . . .	6 344	4 545	6,6	1 124	1,5	576	0,4	99	0,1	1 666	2 098	2 538	42
Thüringen . . . . .	920	862	1,7	32	0,1	26	0,0	–	0,0	29	65	824	2
<b>Deutschland . . . . .</b>	<b>112 020</b>	<b>71 821</b>	<b>3,5</b>	<b>19 250</b>	<b>0,9</b>	<b>17 277</b>	<b>0,5</b>	<b>3 672</b>	<b>0,2</b>	<b>19 872</b>	<b>30 283</b>	<b>60 239</b>	<b>1 626</b>

## 8 Sozialleistungen

### Sozialhilfeausgaben 2009 (netto) nach Hilfearten

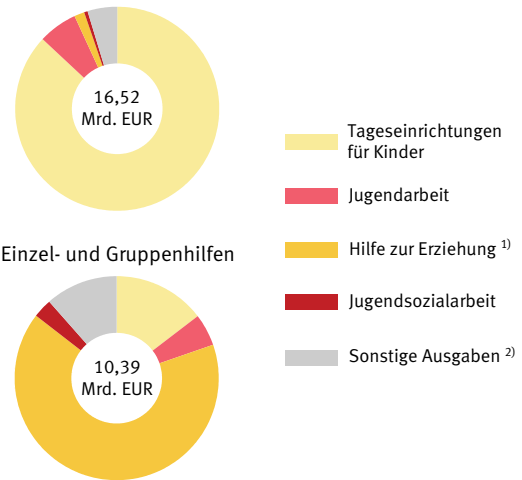
#### Hilfeleistungen an Berechtigte



1) Einschl. Hilfe in anderen Lebenslagen.– 2) Einschl. Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung.

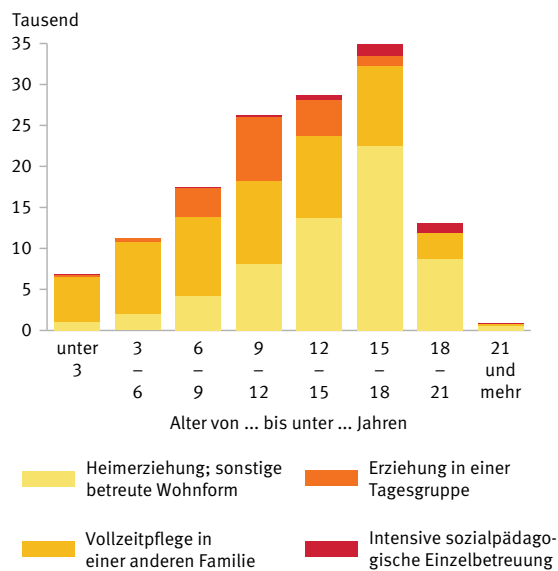
### Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe 2009

#### Einrichtungen



1) Einschl. Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Personalausgaben.– 2) Einschl. allgemeine Förderung der Familie, Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern), Mitarbeiterfortbildung sowie Personalausgaben.

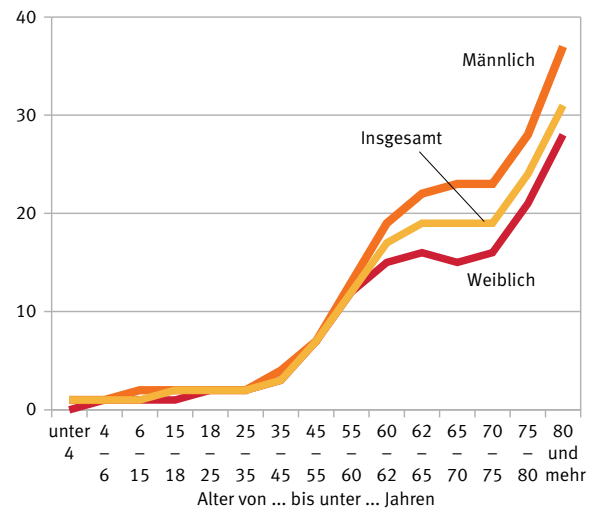
### Teil-/stationäre Hilfen zur Erziehung<sup>1)</sup> für junge Menschen am 31.12.2009



1) Außerhalb des Elternhauses.

### Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2009<sup>1)</sup>

#### Schwerbehindertenquote<sup>2)</sup>



1) Bevölkerungsstand: 31.12.2009. – 2) Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

8 Sozialeleistungen  
8.17 Kinder- und Jugendhilfe

8.17.16 Tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2010

Berufsausbildungsabschluss Art der Qualifikation Ort der Betreuung	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
				unter 25	25 – 40	40 – 60	60 und mehr
<b>Insgesamt</b>	<b>1 020</b>	<b>39 833</b>	<b>40 853</b>	<b>1 075</b>	<b>14 243</b>	<b>22 928</b>	<b>2 607</b>
und zwar:							
<b>Berufsausbildungsabschluss</b>							
Erzieher/-in	80	5 716	5 796	146	2 449	3 001	200
Kinderpfleger/-in	10	1 991	2 001	209	853	855	84
(Fach-) Hochschulabschluss <sup>1)</sup>	41	1 349	1 390	13	526	743	108
anderer Abschluss	820	27 207	28 027	538	9 231	16 396	1 862
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	69	3 570	3 639	169	1 184	1 933	353
<b>Art der Qualifikation</b>							
mit abgeschlossenem Qualifizierungskurs	690	30 133	30 823	559	10 860	17 870	1 534
anderer Nachweis der Qualifikation	342	9 671	10 013	455	3 298	5 227	1 033
in tätigkeitsbegleitender Grundqualifizierung	30	1 527	1 557	63	656	768	70
Erste-Hilfe-Kurs für Säuglinge und Kleinkinder	749	33 068	33 817	774	12 079	19 206	1 758
<b>Ort der Betreuung <sup>2)</sup></b>							
in der Wohnung des Kindes/der Kinder	195	4 838	5 033	.	.	.	.
in der eigenen Wohnung	674	31 400	32 074	.	.	.	.
in anderen Räumen	160	4 023	4 183	.	.	.	.

<sup>1)</sup> Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Sozialarbeiter/-innen (Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss), Dipl.-Pädagogen/-innen, Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Erziehungswissenschaftler/-innen (Universität oder vergleichbarer Abschluss).

<sup>2)</sup> Mehrfachnennungen möglich.

8.17.17 Kinder in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2010

Gegenstand der Nachweisung	Kinder in Tagesbetreuung						
	insgesamt	davon mit einem Betreuungsumfang von					Ganztagsbetreuung (mehr als 7 Stunden)
		bis zu 5 Stunden	mehr als 5 bis 7 Stunden	mehr als 7 bis 10 Stunden	mehr als 10 Stunden	vor- und nachmittags, ohne Mittagsbetreuung	
Anzahl							
<b>Zusammen</b>	<b>1 643 258</b>	<b>456 663</b>	<b>534 411</b>	<b>517 460</b>	<b>21 403</b>	<b>113 321</b>	<b>538 863</b>
und zwar:							
ausländisches Herkunftsland							
mindestens eines Elternteils	403 419	92 214	145 253	126 084	4 067	35 801	130 151
in der Familie wird vorrangig							
nicht deutsch gesprochen	241 509	52 523	89 915	73 575	2 381	23 115	75 956
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 3	242 749	53 551	62 428	115 175	6 717	4 878	121 892
3 – 6	983 988	218 036	330 521	332 736	12 532	90 163	345 268
6 – 11	404 612	177 171	137 806	69 414	2 128	18 093	71 542
11 – 14	11 909	7 905	3 656	135	26	187	161
<b>Zusammen</b>	<b>1 547 663</b>	<b>432 933</b>	<b>504 369</b>	<b>481 890</b>	<b>19 824</b>	<b>108 647</b>	<b>501 714</b>
und zwar:							
ausländisches Herkunftsland							
mindestens eines Elternteils	377 394	87 004	136 127	116 621	3 686	33 956	120 307
in der Familie wird vorrangig							
nicht deutsch gesprochen	223 342	48 781	83 283	67 632	2 154	21 492	69 786
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 3	229 408	50 565	59 153	108 695	6 285	4 710	114 980
3 – 6	938 180	208 491	316 827	313 601	11 756	87 505	325 357
6 – 11	370 444	167 475	125 504	59 414	1 756	16 295	61 170
11 – 14	9 631	6 402	2 885	180	27	137	207
<b>Insgesamt</b>	<b>3 190 921</b>	<b>889 596</b>	<b>1 038 780</b>	<b>999 350</b>	<b>41 227</b>	<b>221 968</b>	<b>1 040 577</b>
und zwar:							
ausländisches Herkunftsland							
mindestens eines Elternteils	780 813	179 218	281 380	242 705	7 753	69 757	250 458
in der Familie wird vorrangig							
nicht deutsch gesprochen	464 851	101 304	173 198	141 207	4 535	44 607	145 742
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 3	472 157	104 116	121 581	223 870	13 002	9 588	236 872
3 – 6	1 922 168	426 527	647 348	646 337	24 288	177 668	670 625
6 – 11	775 056	344 646	263 310	128 828	3 884	34 388	132 712
11 – 14	21 540	14 307	6 541	315	53	324	368

8 Sozialeleistungen  
 8.18 Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2009 \*)  
 8.18.1 Nach Art und Ursache der schwersten Behinderung sowie Grad der Behinderung

Art der schwersten Behinderung Ursache der schwersten Behinderung	Insgesamt		Davon mit einem Grad der Behinderung von					
	Anzahl	%	50	60	70	80	90	100
<b>Insgesamt</b>	<b>7 101 682</b>	<b>100</b>	<b>2 170 575</b>	<b>1 143 002</b>	<b>791 562</b>	<b>861 327</b>	<b>369 167</b>	<b>1 766 049</b>
<b>nach der Art der schwersten Behinderung</b>								
<b>Körperliche Behinderungen</b>								
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	68 796	1,0	12 346	8 020	9 925	10 493	6 397	21 615
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	996 689	14,0	325 732	203 448	140 033	117 021	57 674	152 781
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	885 733	12,5	402 266	182 031	107 321	77 647	34 652	81 816
Querschnittlähmung	16 791	0,2	178	192	265	730	384	15 042
Blindheit und Sehbehinderung	352 943	5,0	49 007	28 669	28 195	28 660	23 567	194 845
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen <sup>1)</sup>	273 149	3,8	76 750	47 447	40 230	36 350	18 274	54 098
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	178 841	2,5	66 941	38 695	15 838	23 707	7 225	26 435
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 744 865	24,6	547 973	298 156	192 128	237 071	93 132	376 405
<b>Zusammen</b>	<b>4 517 807</b>	<b>63,6</b>	<b>1 481 193</b>	<b>806 658</b>	<b>533 935</b>	<b>531 679</b>	<b>241 305</b>	<b>923 037</b>
<b>Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen</b>								
Hirnorganische Anfälle	155 674	2,2	32 333	20 479	16 715	21 453	9 147	55 547
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen	475 525	6,7	60 759	41 403	42 517	64 070	31 910	234 866
Störungen der geistigen Entwicklung <sup>2)</sup>	298 557	4,2	30 313	15 460	18 134	43 777	9 440	181 433
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	381 512	5,4	175 618	65 387	40 938	42 295	10 825	46 449
Suchtkrankheiten	51 299	0,7	15 712	10 593	7 870	7 127	2 412	7 585
<b>Zusammen</b>	<b>1 362 567</b>	<b>19,2</b>	<b>314 735</b>	<b>153 322</b>	<b>126 174</b>	<b>178 722</b>	<b>63 734</b>	<b>525 880</b>
<b>Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen</b>								
<b>Zusammen</b>	<b>1 221 308</b>	<b>17,2</b>	<b>374 647</b>	<b>183 022</b>	<b>131 453</b>	<b>150 926</b>	<b>64 128</b>	<b>317 132</b>
<b>nach der Ursache der schwersten Behinderung</b>								
Angeborene Behinderung	302 433	4,3	38 150	19 742	18 905	37 474	9 977	178 185
Allgemeine Krankheit <sup>3)</sup>	5 830 578	82,1	1 832 017	966 804	658 010	703 610	305 492	1 364 645
Arbeitsunfall <sup>4)</sup> , Berufskrankheit	71 881	1,0	26 177	14 174	9 507	7 456	3 388	11 179
Verkehrsunfall	39 939	0,6	11 186	6 222	4 949	5 181	2 028	10 373
Häuslicher Unfall	7 623	0,1	2 821	1 255	795	752	277	1 723
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	27 139	0,4	9 193	4 316	3 259	2 879	1 200	6 292
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	60 067	0,8	11 916	8 438	8 139	8 247	5 203	18 124
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	762 022	10,7	239 115	122 051	87 998	95 728	41 602	175 528

\*) Mit gültigem Schwerbehindertenausweis. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

<sup>1)</sup> Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

<sup>2)</sup> Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

<sup>3)</sup> Einschl. Impfschäden.

<sup>4)</sup> Einschl. Wege- und Betriebsweegeunfällen.

8.18.2 Nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Quote <sup>1)</sup>	Anzahl	Quote <sup>1)</sup>	Anzahl	Quote <sup>1)</sup>
unter 4	14 275	1	8 072	1	6 203	0
4 – 6	14 336	1	8 364	1	5 972	1
6 – 15	94 708	1	56 588	2	38 120	1
15 – 18	38 250	2	22 503	2	15 747	1
18 – 25	122 155	2	70 931	2	51 224	2
25 – 35	210 081	2	118 036	2	92 045	2
35 – 45	417 603	3	219 650	4	197 953	3
45 – 55	874 509	7	454 796	7	419 713	7
55 – 60	674 299	12	356 529	13	317 770	12
60 – 62	331 822	17	183 360	19	148 462	15
62 – 65	446 115	19	254 024	22	192 091	16
65 – 70	909 875	19	528 222	23	381 653	15
70 – 75	918 890	19	511 657	23	407 233	16
75 – 80	740 066	24	374 751	28	365 315	21
80 und mehr	1 294 698	31	490 624	37	804 074	28
<b>Insgesamt</b>	<b>7 101 682</b>	<b>9</b>	<b>3 658 107</b>	<b>9</b>	<b>3 443 575</b>	<b>8</b>

\*) Mit gültigem Schwerbehindertenausweis. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

<sup>1)</sup> Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerung (Stand: 31.12.2009) in %.

8 Soziale Leistungen  
8.19 Wohngeld

8.19.1 Haushalte mit Wohngeld und wohngeldrechtliche Teilhaushalte mit Wohngeld (Mischhaushalte) nach Ländern am 31.12.2009

Land	Haushalte mit Wohngeld				Wohngeldrechtliche Teilhaushalte mit Wohngeld (Mischhaushalte)
	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten	Mietzuschuss	Lastenzuschuss	
	1 000	%	1 000		
Baden-Württemberg	86,4	1,7	80,2	6,2	9,9
Bayern	82,5	1,4	76,3	6,2	11,9
Berlin	38,1	1,9	37,6	0,5	1,6
Brandenburg	36,7	2,9	32,4	4,3	3,8
Bremen	8,2	2,3	7,6	0,7	0,4
Hamburg	17,6	1,8	17,2	0,5	0,9
Hessen	44,9	1,5	41,3	3,7	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	39,0	4,5	34,2	4,8	11,7
Niedersachsen	81,3	2,1	67,9	13,4	19,6
Nordrhein-Westfalen	193,2	2,2	176,9	16,3	36,2
Rheinland-Pfalz	36,4	1,9	31,0	5,4	4,0
Saarland	8,1	1,7	6,8	1,4	3,1
Sachsen	82,3	3,7	74,7	7,6	12,3
Sachsen-Anhalt	35,0	2,9	31,2	3,8	8,4
Schleswig-Holstein	33,5	2,4	29,1	4,4	7,6
Thüringen	36,3	3,2	31,3	5,0	9,4
<b>Deutschland</b>	<b>859,6</b>	<b>2,1</b>	<b>775,6</b>	<b>84,0</b>	<b>144,0</b>
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	630,3	1,9	571,7	58,6	98,3
Neue Länder ohne Berlin	229,3	3,4	203,9	25,4	45,7

8.19.2 Haushalte mit Wohngeld und wohngeldrechtliche Teilhaushalte mit Wohngeld (Mischhaushalte) am 31.12.2009 nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung

Haushaltsgröße	Haushalte mit Wohngeld										Wohngeldrechtliche Teilhaushalte mit Wohngeld (Mischhaushalte)
	insgesamt	Erwerbstätige				Arbeitslose	Nichterwerbstätige				
		Selbstständige	Beamte/Beamtinnen	Ange-stellte	Arbeiter/-innen		Rentner/-innen	Pensionäre/-innen	Studierende	Sonstige	
1 000											
<b>Insgesamt</b>	<b>859,6</b>	<b>17,0</b>	<b>1,5</b>	<b>110,1</b>	<b>178,6</b>	<b>83,2</b>	<b>388,6</b>	<b>0,5</b>	<b>32,1</b>	<b>48,1</b>	<b>144,0</b>
davon: Haushalte											
von Alleinstehenden	478,1	4,7	0,7	27,4	30,9	40,4	340,1	0,3	20,7	13,0	99,7
mit 2 Familienmitgliedern	114,4	3,0	0,2	27,2	19,9	12,7	37,0	0,0	6,9	7,4	34,0
mit 3 Familienmitgliedern	72,1	2,7	0,2	20,8	21,2	9,5	5,7	0,0	3,0	8,9	7,3
mit 4 Familienmitgliedern	104,8	3,6	0,3	20,6	51,5	12,9	3,5	0,0	1,1	11,4	1,9
mit 5 Familienmitgliedern	57,2	1,8	0,1	9,3	33,9	5,4	1,4	0,0	0,2	5,0	0,6
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	33,1	1,2	0,1	4,8	21,3	2,3	0,8	0,0	0,1	2,5	0,4

8.19.3 Gezahltes Wohngeld 2009 nach Ländern \*)

Land	Wohngeld insgesamt	Davon	
		Mietzuschuss	Lastenzuschuss
	1 000 EUR		
Baden-Württemberg	172 747	159 061	13 686
Bayern	146 237	135 293	10 944
Berlin	50 473	49 969	505
Brandenburg	49 991	43 169	6 822
Bremen	12 593	11 247	1 347
Hamburg	26 468	25 632	836
Hessen	91 037	81 548	9 490
Mecklenburg-Vorpommern	58 835	51 172	7 663
Niedersachsen	167 931	138 361	29 570
Nordrhein-Westfalen	396 509	358 747	37 761
Rheinland-Pfalz	60 472	50 674	9 798
Saarland	16 429	14 244	2 185
Sachsen	130 632	115 840	14 792
Sachsen-Anhalt	48 585	43 719	4 865
Schleswig-Holstein	65 004	56 860	8 145
Thüringen	61 394	53 141	8 253
<b>Deutschland</b>	<b>1 555 339</b>	<b>1 388 677</b>	<b>166 662</b>
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	1 205 902	1 081 635	124 266
Neue Länder ohne Berlin	349 437	307 041	42 396

\*) Die gezahlten Wohngeldbeträge werden nicht nach Haushalten mit Wohngeld und wohngeldrechtlichen Teilhaushalten mit Wohngeld (Mischhaushalten) getrennt erhoben und ausgewiesen.

8 Sozialeleistungen  
 8.20 Lastenausgleich \*)  
 8.20.1 Zuerkennung und Erfüllung der Hauptentschädigung bis zum 31.12.2010

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Insgesamt	Vertreibungsschäden	Kriegssachschäden	Ostschäden	Schäden im Sinne des BFG 1)	Reparationschäden
<b>Ansprüche auf Hauptentschädigung</b>							
Zuerkannt . . . . .	Anzahl	5 521 192	3 618 900	1 223 519	78 445	523 012	77 316
Vollerfüllt . . . . .	Anzahl	5 516 003	3 615 400	1 222 610	78 411	522 319	77 263
Nicht oder erst teilweise erfüllt . . . . .	Anzahl	5 189	3 500	909	34	693	53
dar. durch Kriegsschadenrente vorläufig in Anspruch genommen 2) . . . . .	Anzahl	0	0	0	0	0	0
<b>Grundbeträge der Hauptentschädigung</b>							
Zuerkannt . . . . .	Mill. EUR	12 821	8 603	2 060	92	1 901	165
Erfüllt . . . . .	Mill. EUR	12 816	8 600	2 060	92	1 899	165
Nicht erfüllt . . . . .	Mill. EUR	5	3	0	0	2	0
dar. durch Kriegsschadenrente vorläufig in Anspruch genommen 2) . . . . .	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0
<b>Erfüllungsbeträge der Hauptentschädigung</b>							
Barerfüllung 3) . . . . .	Mill. EUR	12 189	6 943	1 954	107	2 885	300
Grundbeträge . . . . .	Mill. EUR	7 320	4 101	1 297	67	1 697	158
Zinszuschläge 4) . . . . .	Mill. EUR	4 869	2 842	657	40	1 188	142
Begründung von Forderungen . . . . .	Mill. EUR	2 065	1 594	449	22	–	–
Grundbeträge . . . . .	Mill. EUR	1 723	1 321	384	18	–	–
Zinszuschläge . . . . .	Mill. EUR	342	273	65	4	–	–
Umwandlung von Darlehen 5) . . . . .	Mill. EUR	1 203	887	246	3	64	3
Grundbeträge . . . . .	Mill. EUR	920	672	207	2	37	2
Zinszuschläge . . . . .	Mill. EUR	283	215	39	1	27	1
Anrechnung von Kriegsschadenrente 2) . . . . .	Mill. EUR	3 743	3 255	225	7	249	7
Grundbeträge . . . . .	Mill. EUR	2 853	2 506	172	5	165	5
Zinszuschläge . . . . .	Mill. EUR	890	749	53	2	84	2
<b>Hauptentschädigung insgesamt . . . . .</b>	<b>Mill. EUR</b>	<b>19 200</b>	<b>12 679</b>	<b>2 874</b>	<b>139</b>	<b>3 198</b>	<b>310</b>
Grundbeträge . . . . .	Mill. EUR	12 816	8 600	2 060	92	1 899	165
Zinszuschläge . . . . .	Mill. EUR	6 384	4 079	814	47	1 299	145

\*) Früheres Bundesgebiet.

1) Vermögensschäden in Mitteldeutschland, in der späteren sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin sowie in dem Gebiet der ehem. DDR, die nach § 15a Lastenausgleichsgesetz (LAG) entschädigt werden.

2) Einschl. laufender Beihilfen.

3) Einschl. Erfüllung durch Verrechnung.

4) Einschl. vorweg erfüllter Mindestbefüllungsbeiträge an Empfänger/-innen laufender Kriegsschadenrente, für die kein gesonderter Nachweis vorhanden ist.

5) Einschl. sonstiger Maßnahmen.

6) Empfänger/-innen (ohne zuschlagsberechtigte Ehegatten und Kinder) nachstehender Leistungsarten: Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente, Beihilfe zum Lebensunterhalt, besondere laufende Beihilfe, Unterhaltsbeihilfe. Berechtigte, die mehrere dieser Leistungsarten gleichzeitig empfangen, sind nur einmal erfasst.

7) Inhaber/-innen des Flüchtlingsausweises C, einschl. übriger Geschädigter im Sinne der Zweiten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (2. Leistungs-DV-LA).

8) Berechtigte nach dem Flüchtlingshilfegesetz (FlüHG), § 10 des Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (14. ÄndG LAG), Reparationsschädengesetz (RepG), § 301 b Lastenausgleichsgesetz (LAG) und ohne Angabe.

9) Ein neues, vereinfachtes EDV-Verfahren macht die Unterscheidung nach Geschädigtengruppen nicht mehr möglich.

Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

8.20.2 Empfänger und Empfängerinnen von Kriegsschadenrente und laufenden Beihilfen

Empfänger/Empfängerinnen (Berechtigte) 6)	1.1.									
	2003	2004	2005	2006	2007 9)	2008 9)	2009 9)	2010 9)	2011 9)	
Vertriebene . . . . .	20 161	17 315	14 932	12 790	.	.	.	.	.	
Kriegssachgeschädigte . . . . .	266	217	176	140	.	.	.	.	.	
Währungs-/Ostgeschädigte . . . . .	234	204	166	135	.	.	.	.	.	
Flüchtlinge 7) . . . . .	1 078	893	772	651	.	.	.	.	.	
Sonstige Geschädigte 8) . . . . .	466	402	341	283	.	.	.	.	.	
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>22 205</b>	<b>19 031</b>	<b>16 387</b>	<b>13 999</b>	<b>12 154</b>	<b>10 403</b>	<b>8 877</b>	<b>7 536</b>	<b>6 324</b>	

Fußnoten siehe am Anfang der Tabelle.

Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

## 8 Sozialeleistungen Publikationen und Auskünfte

### Publikationen

<b>Aktuelle Beiträge in »Wirtschaft und Statistik«</b>	Heft
Lebenslagen der behinderten Menschen (Ergebnis des Mikrozensus 2005) . . . . .	12/06
Behinderung und Einkommen (Ergebnis des Mikrozensus 2005) . . . . .	2/07
Schwerbehinderte Menschen 2007 . . . . .	2/10
Erzieherische Hilfe im Jahr 2008 . . . . .	4/10
Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland . . . . .	4/10
Erzieherische Hilfe, Migrationshintergrund und Transferleistungsbezug im Jahr 2008 . . . . .	9/10
Ausgaben der öffentlichen Hand für Kindertagesbetreuung . . . . .	11/10
Wohngeld in Deutschland 2009 . . . . .	1/11
Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2009 . . . . .	2/11

### Fachserie 13: Sozialeleistungen

<b>Altersvorsorge und vermögenswirksame Leistungen</b>	Reihe
(Ergebnisse des Mikrozensus) . . . . .	1 (j)
Sozialhilfe . . . . .	2 (j)
Wohngeld . . . . .	4 (j)
Schwerbehinderte Menschen . . . . .	5 (2j)
Jugendhilfe . . . . .	6 (j, 4-5j)
Leistungen an Asylbewerber . . . . .	7 (j)

### Thematische Veröffentlichungen

Unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Publikationen, Fachveröffentlichungen, Sozialeleistungen) stehen

- Ihnen zu den Statistiken der
  - Jugendhilfe
  - Pflege
  - Sozialhilfe
  - Schwerbehinderten Menschen
  - Kriegsopferfürsorge
  - Wohngeld

(Kurz-) Berichte, Broschüren und Faltblätter zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Im Internetauftritt des Bund-Länder-Projekts »Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik« werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder bereitgestellt. Sie können unter [www.amtliche-sozialberichterstattung.de](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de) als Download abgerufen werden. Dort ist auch der Bericht »Soziale Mindestsicherung in Deutschland« erhältlich, der eine Gesamtschau über die Transferleistungen der staatlichen Mindestsicherungssysteme bietet.

<b>Aktuelle Beiträge im »STATmagazin«<sup>1)</sup></b>	Erschienen:
Elterngeld – eine erste Bilanz . . . . .	10/08
Pflegebedürftige heute und in Zukunft . . . . .	11/08
Soziale Mindestsicherung in Deutschland . . . . .	12/08
Armutsgefährdung in den Bundesländern . . . . .	6/09

<sup>1)</sup> Das »STATmagazin« finden Sie auf unserer Homepage unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

### Auskünfte

Sie haben hierzu noch Fragen oder möchten eine Beratung bzw. eine Unterstützung bei der Datenrecherche?

Unsere fachlichen Auskunftsdienste erreichen Sie telefonisch unter

06 11 / 75 81 67 für Kinder- und Jugendhilfestatistiken, Erziehungsgeld, Elterngeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss,

06 11 / 75 89 56 für Pflege, Schwerbehinderte Menschen, Lastenausgleich, Kriegsopferfürsorge, Rente, Sonstige öffentliche Sozialleistungen,

06 11 / 75 89 53 für Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld, Asylbewerberleistungen, Sozialberichterstattung.

Für schriftliche Anfragen nutzen Sie bitte unser Kontaktformular unter [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

Weitere Details zu unserem Informationsangebot können Sie den Ausführungen auf Seite 10 f. oder unserer Homepage unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) entnehmen.